

Jugend:

eine noch ungelöste
Aufgabe

Studien über
die Jugend in
Lateinamerika
und der Karibik



ZUSAMMENFASSUNG DER REGIONALEN
UND NATIONALEN UMFRAGEERGEBNISSE

14 LÄNDER
NOVEMBER, 2025

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

DEMOKRATIE UND
MENSCHENRECHTE

14 LÄNDER

ZUSAMMENFASSUNG DER REGIONALEN UND NATIONALEN UMFRAGEERGEBNISSE

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

INHALT



PRÄSENTATION

Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe

6

EINLEITUNG

8

METHODIK

10

ZUSAMMENFASSUNG DES REGIONALBERICHTS

14

ZUSAMMENFASSUNG DES REGIONALBERICHTS

„Neue Formen von Teilhabe und kollektivem Handeln:

Jugend und Demokratie in Lateinamerika und der Karibik“

15

ZUSAMMENFASSUNG DER NATIONALEN BERICHTE

21

ARGENTINIEN

„Jugendliche in Argentinien: zwischen Verärgerung und Hoffnung“.

Wie argentinische Jugendliche politisch denken und handeln

22

BOLIVIEN

„Kontraste erkunden: Demokratie aus der Sicht der bolivianischen Jugend“.

Unzufriedenheit und Forderungen der Jugend an die Politik

26

BRASILIEN

Die brasilianische Jugend vor der Herausforderung der Demokratie.

Ergebnisse der Studie „Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe“

30

CHILE

„Jugend, Politik und Demokratie in Chile: ein Gespräch über Veränderungen“.

Spannungen und Herausforderungen der Jugend gegenüber dem demokratischen System

34

KOLUMBIEN

„Weil morgen ein schöner Tag wird“: Eine Bestandsaufnahme der kritischen und hoffnungsvollen Jugend in Kolumbien

38

COSTA RICA

**„Jugendliche in Costa Rica: zwischen Demokratie und Autoritarismus“:
Spannungen und demokratische Herausforderungen der costa-ricanischen Jugend** 42

ECUADOR

Politische Beteiligung der Jugend in Ecuador: zwischen Angst, Prekarität und Ungleichheiten 46

HONDURAS

**Die honduranische Jugend: zwischen Unzufriedenheit mit der Gegenwart
und Hoffnung in die Zukunft** 51

MEXIKO

Die mexikanische Jugend hinterfragt die Politik und fordert inklusivere Formen der Teilhabe 55

PANAMA

Ni indiferentes ni conformistas: juventudes panameñas frente al desafío democrático 59

PERU

**Jugendliche in Peru: fernab von der traditionellen Politik, aber mit dem
Bedürfnis nach Veränderung** 63

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

**Weder gleichgültig noch naiv: Die dominikanische Jugend vor der
Herausforderung der Demokratie** 66

URUGUAY

**Zwischen demokratischem Ideal und politischer Ausgrenzung:
Was junge Menschen in Uruguay denken** 70

VENEZUELA

Venezolanische Jugend: zwischen Prekarität und demokratischer Hoffnung 74

LITERATUR

78

PRÄSENTATION

JUGEND: EINE NOCH UNGELÖSTE AUFGABE

Geopolitische Veränderungen und multiple Krisen erschweren die Regierungsführung und setzen Demokratien weltweit unter Druck. Lateinamerika bildet dabei keine Ausnahme. Die Region sieht sich mit wachsenden Unsicherheiten, strukturellen sozioökonomischen Ungleichheiten, Sicherheits Herausforderungen durch organisierte Kriminalität, zunehmenden Unzufriedenheit mit den staatlichen Institutionen sowie dem Vormarsch autoritärer politischer Projekte konfrontiert. Junge Menschen sind von diesen Entwicklungen überproportional betroffen. Historisch gesehen haben sie eine wichtige Rolle in der politischen Geschichte des Kontinents gespielt: Sie standen im Mittelpunkt der demokratischen Transformationsprozesse, der Verteidigung von Umwelt- und Landrechten sowie der feministischen, gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfe, die den Puls der Region geprägt haben.

Trotz ihrer führenden Rolle in wichtigen Kämpfen und Mobilisierungen sind sie in Entscheidungsgremien aber nach wie vor unterrepräsentiert. Den politischen Institutionen gelingt es nicht, ihre Forderungen zu kanalisieren, Formate für einen effektiven Dialog zwischen den Generationen zu finden oder öffentliche Politiken zu entwickeln, die den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Traditionelle Orte der politischen Vertretung wie Parteien und Gewerkschaften haben es heute schwer, junge Menschen anzusprechen und somit ihre Interessen zu vertreten und ihre Ideen in politische Programme aufzunehmen. Diese Situation verstärkt die Kluft zwischen den Entscheidungsgremien und den politischen Orten junger Akteure. Sie führt zu Frustration gegenüber den staatlichen Institutionen und der Funktionsweise der Demokratie. Daher ist die Stärkung einer generationsübergreifenden Perspektive in unserer Vision von Demokratie eine dringende und strategische Aufgabe.

Das regionale Forschungsprojekt „Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe“ möchte dazu einen Beitrag leisten. Es wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in 14 Ländern Lateinamerikas durchgeführt und vereint die Stimmen von mehr als zwanzigtausend Jugendlichen. Es bietet einen systematischen Überblick über die Beziehung zwischen Jugend, Partizipation und politischem Denken. Sein besonderer Wert liegt in der Integration traditionell getrennter Dimensionen wie Werte, politische Praktiken und Wahrnehmungen des Staates sowie in der partizipativen Methodik. Letztere wurde in Zusammenarbeit mit Fachleuten auf diesem Gebiet, Jugendakteuren und verschiedenen Büros der FES in der Region entwickelt. Die regionale Perspektive ermöglicht es, sowohl gemeinsame Muster als auch nationale Besonderheiten zu identifizieren und fundierte empirische Erkenntnisse zu gewinnen.

Die Daten sind jedoch kein Selbstzweck, sondern der Ausgangspunkt für den politischen Dialog. Durch den Vergleich der Daten verschiedener Länder können Lücken in der Repräsentation identifiziert, neue Formen der Jugendbeteiligung verstanden und politische Strategien entwickelt werden, die in der Lage sind, an die Anliegen, Bestrebungen und Erfahrungen der jungen Generation anzuknüpfen. Die Studie versteht sich somit als politisches Instrument, das die generationsübergreifende Debatte in politischen Bewegungen stärkt, Prozesse der demokratischen Erneuerung vorantreibt und als Inspiration für die Entwicklung öffentlicher Politiken dient, die das Wissen und die Kreativität junger Menschen berücksichtigen.

Auf diese Weise ist das Projekt „Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe“ Teil des historischen Engagements der FES für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und demokratische Erneuerung. Wenn

wir verstehen, was junge Menschen denken, wie sie leben, wofür sie kämpfen und was sie von der Politik und dem Staat erwarten, können wir Trends des sozialen Wandels erkennen und alternative Wege finden, um auf die komplexen Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaften zu reagieren. In einem von Enttäuschung über die demokratischen Institutionen geprägten Kontext ist das Zuhören, das Sammeln von Daten und das gemeinsame Diskutieren der Realität mit jungen Menschen eine Möglichkeit, Brücken zwischen den Institutionen und den Bürgern sowie zwischen Politik und Alltag wiederaufzubauen. Die Ergebnisse der Studie laden politische Parteien, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Wissenschaft und Regierungen dazu

ein, die neuen Formen der politischen Partizipation, die unter jungen Menschen entstehen, zu berücksichtigen und sie für die Politikgestaltung zu nutzen.

Mit diesem Dokument, das die wichtigsten Ergebnisse des Forschungsprojekts zusammenfasst, möchten wir einen breiteren Dialog über die politische Teilhabe junger Menschen und die stetige Erneuerung unserer demokratischen Institutionen anregen: Damit unsere demokratischen Instrumente auf aktuelle Herausforderungen reagieren und junge Menschen zu zentralen Akteuren beim Aufbau einer gerechteren und demokratischeren Zukunft werden können. Viel Freude beim Lesen.



Tina Hennecken Andrade
Vertreterin der FES in Ecuador

EINLEITUNG

Lateinamerika und die Karibik zählen zu den jüngsten und ungleichsten Regionen der Welt. Junge Menschen zwischen 15 und 35 Jahren, die sich in einer entscheidenden Phase der persönlichen, bildungsbezogenen, beruflichen und politischen Orientierung befinden, leben in einem Umfeld, das von strukturellen Ungleichheiten, demokratischen Umbrüchen und vielfältigen Krisen geprägt ist. In den letzten Jahrzehnten waren diese jungen Generationen Protagonisten der wichtigsten politischen, sozialen und kulturellen Kämpfe der Region: von Studenten- und Frauenbewegungen bis hin zu Umwelt-, Territorial- und Digitalprotesten.

Das von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) durchgeführte Projekt *Juventudes: Asignatura Pendiente* ("Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe") versucht, die vielfältigen Veränderungen in der Region zu verstehen und empirische Erkenntnisse über die politischen Einstellungen, Werte und Formen der Beteiligung der heutigen Jugend zu gewinnen. Zwischen Januar und Februar 2024 wurde eine Umfrage unter fast 22.000 jungen Menschen in 14 Ländern Lateinamerikas und der Karibik über von *YouGov* verwaltete Webpanels durchgeführt. Die Studie liefert repräsentative Daten auf nationaler Ebene und eine regionale Vergleichsanalyse, die 4 große Dimensionen untersucht: Lebensbedingungen, Wahrnehmungen von Demokratie, Werte und ideologische Positionen, sowie Formen der politischen Partizipation und des kollektiven Handelns.

Auf der Grundlage der gewonnenen Daten hat das Projekt *Juventudes: Asignatura Pendiente* einen umfassenden Prozess der Analyse, des Dialogs und der Sozialisierung initiiert, der darauf abzielt, öffentliche Debatten und evidenzbasierte politische Entscheidungen zu stärken. Der regionale Bericht vergleicht die Ergebnisse der 14 teilnehmenden Länder, während die nationalen

Berichte die jeweiligen Ergebnisse jedes Kontexts vertiefen, begleitet von Bulletins, Präsentationen und Pressematerialien. Auf der Website www.juventudesfes.org, die auf Spanisch, Portugiesisch und Englisch verfügbar ist, werden die erstellten Berichte präsentiert und Datenvisualisierungen zur Verfügung gestellt, die eine vergleichende Lektüre erleichtern.

Die Ergebnisse des Regionalberichts zeigen eine Generation, die Demokratie schätzt, aber ihren Institutionen misstraut. Zwischen 58% und 73% halten Demokratie für das beste Regierungssystem, obwohl weniger als die Hälfte mit ihrer Funktionsweise zufrieden ist. Prekäre Arbeitsverhältnisse, große Bildungsunterschiede und mangelnde Chancen verstärken den Wunsch nach Auswanderung –der in mehreren Ländern bei über 50% liegt– und vertiefen eine soziale Unzufriedenheit, die jedoch nicht zu Apathie führt. Im Gegenteil, junge Menschen entwickeln neue Formen der Partizipation, sowohl im digitalen Raum als auch vor Ort, und zeigen Affinität zu Themen wie soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter und Umweltschutz.

Die in diesem Dokument zusammengefassten **Länderberichte** territorialisieren diese Trends und zeichnen ein vielfältiges und komplexes Bild. In Argentinien zeigt sich die Jugend enttäuscht von den Institutionen, hat aber zugleich große Hoffnung auf einen politischen Wandel. In Bolivien und Honduras koexistiert die Unzufriedenheit mit der Demokratie mit der Überzeugung, dass Wahlen weiterhin ein wirksames Instrument zur Transformation des Landes sind. In Brasilien, Chile und Peru zeigt die Studie, dass es kritische und heterogene junge Generationen gibt, die zwischen progressiven Werten und konservativen Überzeugungen schwanken. In Ecuador prägen Angst und Unsicherheit das öffentliche Leben, während in Kolumbien, Panama und der Dominikanischen Republik die Jugend trotz

ihrer Enttäuschung über die Institutionen weiterhin Hoffnung in die Demokratie setzt. In Uruguay wird das Vertrauen in den Sozialstaat bekräftigt, und in Venezuela besteht angesichts der prekären Lage weiterhin der Wunsch nach einem demokratischen Wiederaufbau. Die nationalen Studien zeigen sowohl regionale Gemeinsamkeiten –Ungleichheit, Misstrauen gegenüber Institutionen, prekäre Arbeitsverhältnisse und Auswanderungswunsch– als auch lokale Nuancen, die unterschiedliche generationenbezogene Erfahrungen prägen.

Dieses Dokument fasst die Ergebnisse des Regionalberichts und der Länderberichte zusammen, die in Koordination mit den FES-Büros in den einzelnen Ländern und unter Beteiligung von Forscherinnen und Forschern mit Fachkenntnissen in den Bereichen Jugend, Demokratie und öffentliche Politik erstellt wurden. Ziel ist es, einen aktuellen und vergleichenden Überblick über die Situation der Jugend in Lateinamerika und der Karibik zu bieten und damit die öffentliche Debatte sowie Strategien zu stärken, die politische Repräsentation und soziale Gerechtigkeit für alle Generationen fördern

Die lateinamerikanische Jugend ist keine apathische Generation, sondern ein wichtiger politischer Akteur. Ihr kritischer Blick, ihre neuen Organisationsformen und ihr beharrliches Engagement für die Demokratie bieten die Chance, die Zukunft der Region neu zu überdenken und die Institutionen im Sinne von Gleichheit, Würde und Teilhabe zu erneuern.

Anabel Bilbao García
Projektkoordinatorin



METHODIK

Die Studie **Juventudes: Asignatura Pendiente** ("Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe") analysiert Muster und Trends in den politischen Einstellungen und Werten der Jugendlichen in der Region anhand einer gemischten Methodik, die sowohl auf Umfragen als auch der Analyse statistischer Daten basiert. Das wichtigste Instrument zur Datenerhebung bildete eine Umfrage zu politischer Partizipation und Jugend, die zwischen Januar und Februar 2024 (nach einem kurzen Testlauf Anfang Dezember 2023 zur Sicherstellung einer angemessenen Programmierung und Infrastruktur) in 14 befragten Ländern durchgeführt wurde.

Der Fragebogen wurde in Zusammenarbeit mit den Büros der FES in der Region, einer Gruppe von Expertinnen und Experten aus verschiedenen befragten Ländern und jungen Menschen, die mit politischen und sozialen Organisationen in der Region verbunden sind, entworfen. Schließlich wurde er von dem für die Durchführung der Umfrage zuständigen Meinungsforschungsinstitut validiert. Der Fragebogen enthält einen Block mit 65 Fragen, die für alle Länder gleich sind, sowie einen Block mit 2 bis 5 nationalen Fragen, die auf die spezifischen Probleme des jeweiligen Landes eingehen.



Das verwendete Instrument enthält Fragen, die darauf abzielen, verschiedene Dimensionen des Phänomens zu erfassen: a) Lebensbedingungen junger Menschen; b) Sichtweise auf die Politik und die wichtigsten Probleme in jedem Land; c) Sichtweise auf die Demokratie und Positionierung zu den wichtigsten politischen Themen; d) Formen und Motivationen für die Teilnahme an der Politik; e) Zeitnutzung, Nutzung von Technologien und Zugang zu Informationen.

Die Umfrage wurde mittels einer Online-Stichprobe über Webpanels durchgeführt. Mit der Durchführung wurde *YouGov* beauftragt, ein internationales Online-Technologieunternehmen, das sich der Forschung und Analyse der öffentlichen Meinung widmet. Es ist weltweit präsent und gehört zu den größten Forschungsnetzwerken seiner Art. Es hat sich als Pionier im Bereich der digitalen Studien und als zuverlässige Quelle für Informationen und Daten einen Namen gemacht. *YouGov* hat in den letzten zwei Jahrzehnten ein sorgfältig ausgewähltes globales Panel von Umfrageteilnehmern aufgebaut, darunter auch aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Dieses zeichnet sich durch eine hohe Beteiligung und die Verfügbarkeit detaillierter Informationen zu relevanten demografischen Merkmalen aus, was eine präzisere und methodisch effizientere Forschung ermöglicht.

In Ländern, in denen keine eigenen Panels zur Verfügung standen, griff *YouGov* auf etablierte Stichprobenanbieter zurück und wandte strenge Maßnahmen zur Qualitätskontrolle an, die denen seiner eigenen Panels entsprechen. Die Umfragen wurden ausschließlich in digitaler Form unter Verwendung des Active-Sampling-Ansatzes durchgeführt, bei dem die Qualität der Stichprobe Vorrang vor der *Anzahl der Antworten* hat. Dieses Verfahren beschränkte die Teilnahme auf Personen, die nach zuvor festgelegten Kriterien in Frage kamen. Dadurch wurde die Repräsentativität der

Stichprobe sichergestellt. In Kombination mit statistischen Gewichtungsverfahren (*Weighting*) stärkte dieser Ansatz die inferentielle Validität der erzielten Ergebnisse.

Alle Befragten gaben ihre Einwilligung, nach der entsprechenden Aufklärung. Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren holten vor Beginn der Umfrage die Einwilligung ihrer Eltern ein. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Fragen zu Bildung und Arbeit für diese Altersgruppe aus Stichprobengründen von ihren Vertretern beantwortet wurden. Die Umfrage wurde in der gesamten Region in spanischer Sprache durchgeführt, mit Ausnahme von Brasilien, wo sie in portugiesischer Sprache beantwortet wurde.

Der Stichprobenrahmen dieser Umfrage umfasst Geschlecht, Altersgruppen, Region des Landes, in der die Befragten leben, Art des Wohngebiets (städtisch, vorstädtisch oder ländlich), Bildung, Beschäftigungsstatus und eine Variable zur Nachrichtenverfolgung. Darüber hinaus wurde die Analyse der sozialen Schicht auf der Grundlage des ESOMAR-Modells zur sozioökonomischen Klassifizierung erstellt, das auf sozioökonomischen Variablen der Haushaltsvorstände (Bildung, Beruf) und rein wirtschaftlichen Variablen (Einkommen, Güterbesitz) basiert.

Die Stichprobe wurde anhand einer geschichteten Stichprobe in jedem Land erstellt, basierend auf dem *Barómetro de las Américas* von LAPOP (2021). Die Auswahl innerhalb jeder Schicht erfolgte durch eine gewichtete Stichprobe mit Ersatz. Die Gewichte variieren für jedes Land (siehe Tabelle Nr. 1). Die Fehlermarge (ein Konfidenzintervall von 95%) für einen Prozentsatz der Stichprobe p , basierend auf der Teilstichprobe, wird anhand der folgenden Formel berechnet:

$$\hat{p} + 100 \times \sqrt{\frac{1 + CV^2}{n}}$$

Das verwendete Instrument enthält Fragen, die darauf abzielen, verschiedene Dimensionen des Phänomens zu erfassen: a) Lebensbedingungen junger Menschen; b) Sichtweise auf die Politik und die wichtigsten Probleme in jedem Land; c) Sichtweise auf die Demokratie und Positionierung zu den wichtigsten politischen Themen; d) Formen und Motivationen für die Teilnahme an der Politik; e) Zeitznutzung, Nutzung von Technologien und Zugang zu Informationen.

Die Umfrage wurde mittels einer Online-Stichprobe über Webpanels durchgeführt. Mit der Durchführung wurde *YouGov* beauftragt, ein internationales Online-Technologieunternehmen, das sich der Forschung und Analyse der öffentlichen Meinung widmet. Es ist weltweit präsent und gehört zu den größten Forschungsnetzwerken seiner Art. Es hat sich als Pionier im Bereich der digitalen Studien und als zuverlässige Quelle für Informationen und Daten einen Namen gemacht. *YouGov* hat in den letzten zwei Jahrzehnten ein sorgfältig ausgewähltes globales Panel von Umfrageteilnehmern aufgebaut, darunter auch aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Dieses zeichnet sich durch eine hohe Beteiligung und die Verfügbarkeit detaillierter Informationen zu relevanten demografischen Merkmalen aus, was eine präzisere und methodisch effizientere Forschung ermöglicht.

In Ländern, in denen keine eigenen Panels zur Verfügung standen, griff *YouGov* auf etablierte Stichprobenanbieter zurück und wandte strenge Maßnahmen zur Qualitätskontrolle an, die denen seiner eigenen Panels entsprechen. Die Umfragen wurden ausschließlich in digitaler Form



unter Verwendung des *Active-Sampling-Ansatzes* durchgeführt, bei dem die Qualität der Stichprobe Vorrang vor der Anzahl der Antworten hat. Dieses Verfahren beschränkte die Teilnahme auf Personen, die nach zuvor festgelegten Kriterien in Frage kamen. Dadurch wurde die Repräsentativität der Stichprobe sichergestellt. In Kombination mit statistischen Gewichtungsverfahren (*Weighting*) stärkte dieser Ansatz die inferentielle Validität der erzielten Ergebnisse.

Dies ist ein Maß für den Stichprobenfehler (der Durchschnitt aller Schätzungen, die unter wiederholter Verwendung derselben Verfahren zur Stichprobenauswahl und Gewichtung erzielt wurden). Die Stichprobenschätzung sollte in 95% aller Stichproben um weniger als die Fehlermarge von ihrem erwarteten Wert abweichen. Sie spiegelt keine Fehler wider, die nicht mit der Stichprobe zusammenhängen, einschließlich einer möglichen

Verzerrung bei der Auswahl der Panelteilnehmer oder bei der Beantwortung einer bestimmten Umfrage.

Eines der Hauptziele dieser Studie war es, repräsentative Daten auf nationaler Ebene für jedes der teilnehmenden Länder zu generieren, damit diese für die Gestaltung der eigenen Politik, Forschung und Interessenvertretung genutzt werden können. Die Umfrage strebt keine aggregierte regionale Repräsentativität an, sondern basiert auf unabhängigen nationalen Stichproben. Die Ergebnisse ermöglichen Vergleiche zwischen den Ländern und bieten einen vergleichenden Blick auf die Jugend in Lateinamerika und der Karibik.

Auf regionaler Ebene wurden 21 847 Umfragen durchgeführt (zwischen 1 100 und 2 024 pro Land). Tabelle Nr. 1 zeigt die Anzahl der in jedem Land durchgeführten Umfragen sowie deren Fehlerquote:

TABELLE NR. 1. DURCHGEFÜHRTE UMFRAGEN PRO LAND UND IHRE FEHLERQUOTER

Argentinien (n = 2.007, moe: ± 2,5)	Costa Rica (n = 1.149, moe: ± 4,4)	Peru (n = 2 001, moe: ± 3,2)
Bolivien (n = 1 103, moe: ± 4,4)	Ecuador (n = 2 004, moe: ± 3,2)	Dominikanische Republik (n = 1 132, moe: ± 4,7)
Brasilien (n = 2 024, moe: ± 2,5)	Honduras (n = 1 100, moe: ± 4,7)	Uruguay (n = 1 108, Standardfehler: ±3,8)
Chile (n = 2 002, moe: ±2,7)	Mexiko (n = 2 001, moe: ±3,0)	Venezuela (n = 1 103, Standardfehler: ± 3,8)
Kolumbien (n = 2 004, Standardfehler: ± 2,8)	Panama (n = 1 109, moe: ±3,9)	

Die in diesem Bericht zusammengefasste Analyse bietet sowohl eine deskriptive als auch eine analytische Interpretation der Umfrageergebnisse. In den Abschnitten dieses Dokuments werden Variablen nach Bevölkerungsgruppen aufgeschlüsselt, die an-

hand von Kriterien wie Geschlecht, Alter und sozialer Schicht definiert wurden, um Muster, Kontraste und signifikante Ungleichheiten zwischen verschiedenen Segmenten der Jugend zu identifizieren.

Das Geschlecht wird binär betrachtet (Männer und Frauen), da die einzige registrierte abweichende Identität –nicht binär– von einer geringen Anzahl von Personen ausgewählt wurde, die nicht ausreichte, um eine eigene analytische Kategorie zu bilden. Die Umfrage umfasst junge Menschen zwischen 15 und 35 Jahren. Da jedoch innerhalb dieser breiten Altersspanne unterschiedliche Erfahrungen, Lebenswege und Lebensbedingungen bestehen, wurde beschlossen, die Stichprobe in drei Gruppen zu unterteilen: 15 bis 17 Jahre, 18 bis 26 Jahre und 27 bis 35 Jahre. Diese Unterteilung ermöglicht es, die verschiedenen Phasen dieses Lebensabschnitts besser zu erfassen, insbesondere in Bezug auf Schulbildung, Arbeit und politische Partizipation.

Was die sozioökonomische Klassifizierung betrifft, so wurde, wie bereits erwähnt, das ESOMAR-Modell für den sozioökonomischen Status verwendet. Für die Zwecke dieses Berichts wurden die 5 durch diese Methodik definierten Stufen (A, B, C, D und E) in 3 große Kategorien zusammengefasst: Oberschicht (AB), Mittelschicht (C) und Unterschicht (DE). Diese Gruppierung entspricht der Notwendigkeit, die Analyse zu vereinfachen und die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern zu erleichtern, da die breiten Kategorien es ermöglichen, allgemeine Trends zu erfassen, ohne an Aussagekraft zu verlieren. Darüber hinaus begünstigt die Verwendung dieser Methodik, die in Meinungsumfragen in Lateinamerika weit verbreitet ist, die Harmonisierung der Daten und die regionale Interpretation sozialer Ungleichheiten.



ZUSAMMENFASSUNG DES REGIONALBERICHTS

AUTOREN/AUTORINNEN: ANABEL BILBAO G. (COORD.), MELINA VÁZQUEZ,
FRANKLIN RAMÍREZ, ELISA GUARANÁ DE CASTRO, ÓSCAR AGUILERA,
MARIANA LICEA UND CAMILA RODRÍGUEZ.

ZUSAMMENFASSUNG DES REGIONALBERICHTS

NEUE FORMEN VON TEILHABE UND KOLLEKTIVEM HANDELN: JUGEND UND DEMOKRATIE IN LATEINAMERIKA UND DER KARIBIK

Der erste Abschnitt des Berichts, verfasst von Mariana Licea (Mexiko) und Camila Rodríguez (Ecuador), geht von einer zentralen Frage aus: Wie leben junge Menschen heute? Obwohl es sich um eine Generation mit besserem Zugang zur Sekundarschulbildung handelt, ist der Zugang zur Universität weiterhin von der sozialen Schicht abhängig: Nur zwischen 2% und 10% der jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren aus den unteren Bevölkerungsschichten schließen ein Studium ab.

Im Bereich der Beschäftigung haben in 9 der 14 befragten Länder weniger als 50% der Jugendlichen zwischen 18 und 35 Jahren Zugang zu Arbeitsplätzen mit allen gesetzlichen Sozialleistungen. Die Ungleichheiten sind für Frauen, junge Menschen aus ländlichen Gebieten und einkommensschwache Schichten, die darüber hinaus eine erhebliche Belastung durch unbezahlte Hausarbeit zu tragen haben, besonders ausgeprägt.

Dies führt zu einem alarmierenden Trend: Zwischen 35% und 62% der jungen Menschen in der Region möchten auswandern. Die Hauptgründe dafür sind die Suche nach neuen Erfahrungen (über 50% in 9 von 14 Ländern) und die Wirtschaftskrise (über 50% in 6 von 14 Ländern).



Wichtige Daten

- In der Region haben zwischen 14% und 42% der Jugendlichen zwischen 18 und 35 Jahren einen festen Arbeitsplatz.

- Zwischen 29% und 57% der jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren sind arbeitslos.
- Der Trend zeigt, dass über 50% der jungen Menschen in den befragten Ländern mit ihrem persönlichen Leben zufrieden sind; in 5 Ländern (Argentinien, Ecuador, Honduras, Venezuela und Peru) sind jedoch über 60% mit der allgemeinen Lage ihres Landes unzufrieden.

DEMOKRATIE, POLITIK UND DIE WICHTIGSTEN PROBLEME DES LANDES. BEWERTUNGEN DER DEMOKRATISCHEN QUALITÄT UND INSTITUTIONELLE SPANNUNGEN

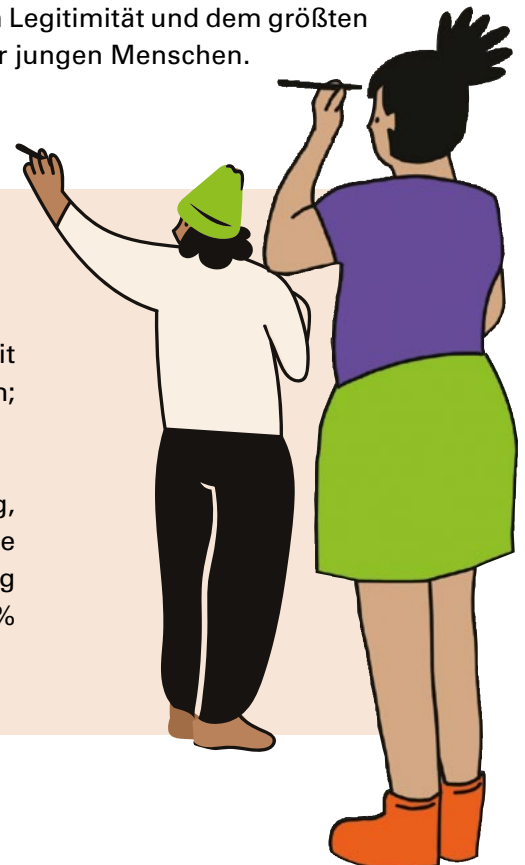
Der zweite Teil des Berichts, verfasst von Óscar Aguilera (Chile), konzentriert sich auf die Wahrnehmung der Jugendlichen hinsichtlich der Demokratie, ihrer Institutionen und der Funktionsweise des politischen Systems in der Region. Die Ergebnisse zeigen eine erhebliche Diskrepanz: Zwar geben zwischen 58% und 73% der jungen Menschen an, dass Demokratie jeder anderen Regierungsform vorzuziehen ist, doch nur 40% sind mit ihrer derzeitigen Funktionsweise zufrieden, mit Ausnahme von Uruguay (52%). Die Daten spiegeln eine allgemeine Unzufriedenheit mit demo-

kratischen Systemen wider, die es nicht schaffen, effektiv auf soziale Forderungen zu reagieren und echte Beteiligungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Das Misstrauen gegenüber politischen Parteien liegt in den meisten der befragten Länder (10 von 14) bei über 50%, was den Weg für die Anerkennung starker Führungspersönlichkeiten als scheinbare Lösung für die Krisen ebnet. Diese Neigung zu autoritären Alternativen bedeutet nicht unbedingt eine Abkehr von demokratischen Werten, sondern sollte als Zeichen der Frustration über Institutionen verstanden werden, die die Erwartungen der Jugend nicht angemessen kanalisieren. Im Gegensatz dazu bleiben die Universitäten eine der Institutionen mit der größten Legitimität und dem größten Vertrauen unter jungen Menschen.

Wichtige Daten

- Die befragten Jugendlichen nennen Armut, Drogen, Unsicherheit und Korruption als die gravierendsten Probleme in ihren Ländern; die Besorgnis darüber liegt jeweils zwischen 30% und 50%.
- Ihre wichtigsten Forderungen an die Politik sind Beschäftigung, Sozialleistungen und Sicherheit; die Jugendlichen halten diese Themen für die dringendsten bei der Gestaltung und Umsetzung der Politik, wobei die Priorität ebenfalls zwischen 30% und 50% liegt.



WERTE, ANLIEGEN UND DEMOKRATIE AUS DER SICHT DER JUGEND. WAHRNEHMUNGEN DER GESELLSCHAFT UND POLITISCHE AGENDEN, DIE JUGENDLICHE BEWEGEN

Der dritte Teil des Berichts, verfasst von Elisa Guaraná de Castro (Brasilien), konzentriert sich auf die ideologischen Positionen und politischen Werte der Jugend in Lateinamerika und der Karibik. Das Kapitel stellt heraus, dass junge Menschen in der Region nicht als einheitliche Gruppe verstanden werden können. Sie drücken eine Heterogenität aus, die durch Spannungen zwischen progressiven und konservativen Diskursen gekennzeichnet ist. Die Unterstützung für erweiterte Rechte koexistiert mit dem für das Fortbestehen traditioneller Werte.

Die Mehrheit der befragten Jugendlichen unterstützt nachdrücklich die öffentliche Bildung und Gesundheit sowie die aktive Rolle des Staates bei der Gewährleistung von Rechten. Allerdings zeigen sich konservative Positionen zu Themen wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe oder Familienmodell, wobei es erhebliche Unterschiede je nach Geschlecht, sozialer Schicht und Land gibt.

Junge Frauen zeigen im Allgemeinen eine größere Affinität zu progressiven Werten und zu Themen wie Geschlechterrechte und Diversität,

während Männer eher traditionelle Standpunkte vertreten. Diese Unterschiede zeigen, dass die klassischen Rahmenkonzepte von links und rechts nicht ausreichen, um die ideologische Landkarte der Jugend zu erklären. Stattdessen entsteht ein neues politisches Szenario, das von kulturellen Auseinandersetzungen, Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und einer wachsenden Kritik an den derzeitigen Vertretungssystemen geprägt ist.

Die Entfremdung von der Demokratie bedeutet nicht unbedingt deren Ablehnung. Obwohl die Mehrheit sie für die beste Regierungsform hält, sind zwischen 13% (Uruguay) und 72% (Venezuela) mit ihrer Funktionsweise unzufrieden. Dieses Paradoxon lässt sich durch eine Kombination verschiedener Faktoren erklären: die Schwächung der Parteien, die Enttäuschung über die traditionelle Politik, die prekären Lebensbedingungen und die Zunahme von Diskursen, die autoritäre Lösungen als Antwort auf die Krise propagieren.

Gleichzeitig finden Themen wie die territoriale Autonomie indigener Völker und der Umweltschutz große Zustimmung. Dies zeugt von einem kritischen politischen Bewusstsein und einer engen Verbindung zu den Agenden der sozialen Gerechtigkeit, die im letzten Jahrzehnt von sozialen Bewegungen, Kollektiven und Jugendorganisationen entwickelt wurden.

Wichtige Daten

- Es gibt eine hohe Zustimmung zu politischen Maßnahmen, die Gesundheit, Bildung sowie Freiheit bei der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität garantieren und ein Leben ohne Gewalt ermöglichen.
- Über 65% der Befragten unterstützen das Recht indigener Völker und ethnischer Gemeinschaften auf Autonomie über ihre Territorien.

- Zwischen 41% und 60% sind der Meinung, dass Frauen für Pflegeberufe besser geeignet sind als Männer, insbesondere in Ländern wie Brasilien, Panama, Ecuador und Bolivien. In Uruguay und Argentinien fand diese Aussage weniger Zustimmung (41%), aber in allen Ländern herrscht nach wie vor eine stark feminisierte Wahrnehmung der Pflege, auch im beruflichen Bereich.

POLITISCHE TEILHABE ZWISCHEN ENTTÄUSCHUNG UND KOLLEKTIVEM HANDELN

Partizipation und ihre Praktiken

Der vierte und letzte Abschnitt des Berichts, verfasst von Melina Vázquez (Argentinien) und Franklin Ramírez Gallegos (Ecuador), analysiert, wie sich junge Menschen innerhalb und außerhalb der institutionellen Kanäle politisch engagieren. In einem Umfeld, das von Misstrauen gegenüber traditionellen Parteien, Institutionen und Organisationen geprägt ist, greifen junge Menschen auf ein breites Spektrum politischer Handlungsmöglichkeiten zurück, das von Wahlen über digitale Aktivismusformen bis hin zu Protesten, kulturellen Interventionen und sozialen Netzwerken reicht.

Obwohl die formelle Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Verbindung zu sozialen Organisationen in keinem der Länder 20% übersteigt, bekunden junge Menschen Interesse daran, sich in einer Organisation zu engagieren, wenn sie mehr Informationen darüber hätten, wie sie dies tun können. Diese Erkenntnis zeigt, dass niedrige Beteiligungsquoten nicht unbedingt gleichbedeutend mit Apathie sind, sondern das Ergebnis von Barrieren beim Zugang, bei der Repräsentation, beim Zeitaufwand oder beim Fehlen geeigneter Kanäle.

Trotz der institutionellen Skepsis genießt das Wählen nach wie vor hohes Ansehen: Zwischen 51% und 74% der Jugendlichen halten es weiterhin für ein wirksames Instrument, um die Realität zu verändern. Dies spiegelt sich in den hohen Wahlbeteiligungen in Ländern wie Ecuador, Chile, Argentinien, Peru und Brasilien wider, wo über 80% der jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren angaben, bei den letzten Wahlen ihre Stimme abgegeben zu haben.

Außerhalb der konventionellen Mechanismen findet die Beteiligung von Jugendlichen vielfältige Ausdrucksformen: Demonstrationen, Proteste, künstlerische Interventionen, digitale Kampagnen und Nachbarschaftsorganisationen sind Räume, in denen das politische Handeln derjenigen kanalisiert wird, die sich von den Institutionen nicht vertreten fühlen. Diese nicht-traditionellen Formen, die bei Jugendlichen Legitimität genießen, stellen eine direkte Herausforderung für die klassischen Modelle der Beteiligung dar.

Schließlich lässt sich beobachten, dass das politische Interesse mit der sozialen Schicht zusammenhängt: Die oberen Mittelschichten und die Oberschicht zeigen ein relativ größeres Interesse als die unteren Schichten, da sie politische Ereignisse häufiger verfolgen. Doch selbst in Kontexten demokratischer Entfremdung diskutieren zwischen 9% und 23% der Jugendlichen gelegentlich oder häufig über Politik.

Wichtige Daten

- Zwischen 34% und 50% äußern den Wunsch, sich in sozialen Organisationen zu engagieren, auch wenn sie dies derzeit nicht tun.
- Die Jugendlichen in Ecuador, Chile, Argentinien, Peru und Brasilien, im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, führen mit Wahlbeteiligungsquoten von über 80% die Rangliste an; die niedrigsten Quoten werden in Venezuela (46%) und Panama (50%) verzeichnet.
- Zwischen 8% und 33% der Jugendlichen haben im letzten Jahr an Demonstrationen oder Protesten teilgenommen; Panama und Chile stechen bei dieser Form der Beteiligung hervor.
- Obwohl das Vertrauen in Gewerkschaften gering ist (5% bis 17% hohes Vertrauen), empfinden zwischen 25% und 36% der Jugendlichen das Bedürfnis nach mehr Informationen über Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte und wären bereit, einer Gewerkschaft beizutreten, wenn sie mehr Informationen hätten.
- Hohe Misstrauensraten betreffen nicht nur politische Parteien, Legislative, Präsidentschaft und *Influencer* in sozialen Netzwerken, sondern auch Institutionen wie Polizei und Kirche. Nur Universitäten genießen weiterhin ein hohes Maß an Vertrauen.

Die erhobenen Daten schaffen ein strategisches Instrumentarium, um die Gegenwart und Zukunft der Demokratien in Lateinamerika aus einer generationsbezogenen Perspektive zu überdenken. Die Jugend muss nicht nur angehört, sondern auch als

grundlegender Akteur bei der Gestaltung transformativer politischer Agenden anerkannt werden, der in der Lage ist, Institutionen zu erneuern, die Beteiligung zu erweitern und die Prozesse der sozialen Gerechtigkeit in der Region zu stärken.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/06/INFORME_REGIONAL-1.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/06/informe_regional-1.pdf)



ZUSAMMENFASSUNG DER NATIONALEN BERICHTE

ARGENTINIEN - BOLIVIEN - BRASILIEN - CHILE - KOLUMBIEN - COSTA RICA
ECUADOR - HONDURAS - MEXIKO - PANAMA - PERU
DOMINIKANISCHE REPUBLIK - URUGUAY - VENEZUELA

ARGENTINIEN



„JUGENDLICHE IN ARGENTINIEN: ZWISCHEN VERÄRGERUNG UND HOFFNUNG“. WIE ARGENTINISCHE JUGENDLICHE POLITISCH DENKEN UND HANDELN

**Melina Vázquez,
Diego Beretta**

Die Studie analysiert die Wahrnehmungen, Formen der Beteiligung und politischen Positionen der Jugend in einem Kontext starker sozialer und institutioneller Veränderungen. Entgegen den Stereotypen der Apathie zeigen die Daten vielfältige und ungleiche Formen des Engagements, die von kollektiven Aktionen bis hin zu alltäglichen Gesten mit politischer Bedeutung reichen.

IN ARGENTINIEN NAHMEN 2007 JUNGE MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.

PROFIL DER ARGENTINISCHEN JUGEND

Es handelt sich nicht um eine homogene Gruppe: Alter, Geschlecht, Klasse und Herkunft prägen sehr unterschiedliche Erfahrungen. Die Mehrheit lebt in städtischen Gebieten (63%), gehört der Mittelschicht an (56%) und identifiziert sich als heterosexuell (78%), wobei verschiedene Orientierungen und Identitäten vertreten sind. Es überwiegen junge, unverheiratete Menschen, die bei ihrer Familie leben.



Zwischen 18 und 35 Jahren ist der Zugang zur Sekundarstufe sehr hoch (96%), aber an der Universität kommt es zu einer starken Ungleichheit: 43% der Jugendlichen aus der Oberschicht schließen ihr Studium ab, aber nur 4% aus der Unterschicht. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in der Arbeitswelt wider, da 37% angeben, arbeitslos und auf Arbeitssuche zu sein, wobei die Quote in den unteren Bevölkerungsschichten und bei den 18- bis 26-Jährigen höher ist. Frauen sind mit größerer Unsicherheit und mehr unbezahlter Pflegearbeit konfrontiert, was die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern noch verstärkt.

Dennoch überwiegt der Lebensoptimismus: 78% glauben, dass sich ihr Leben in 5 Jahren verbessern wird. Die Mehrheit bewertet ihren Bildungsweg positiv, insbesondere an öffentlichen Einrichtungen, und gibt an, mit ihren emotionalen Bindungen zufrieden zu sein. Dennoch besteht eine Spannung: 52% möchten auswandern, hauptsächlich aufgrund der Wirtschaftskrise.

DER WERT DER DEMOKRATIE

Die Jugend entscheidet sich weiterhin für die Demokratie, auch wenn sie deren Leistung in Frage stellt. Nur 33% geben an, mit dem System zufrieden zu sein, 41% haben eine ambivalente Meinung und 26% sind unzufrieden. Trotz der Kritik halten 70% die Demokratie für besser als jede andere Regierungsform, wobei es je nach Alter und Ideologie Unterschiede gibt.

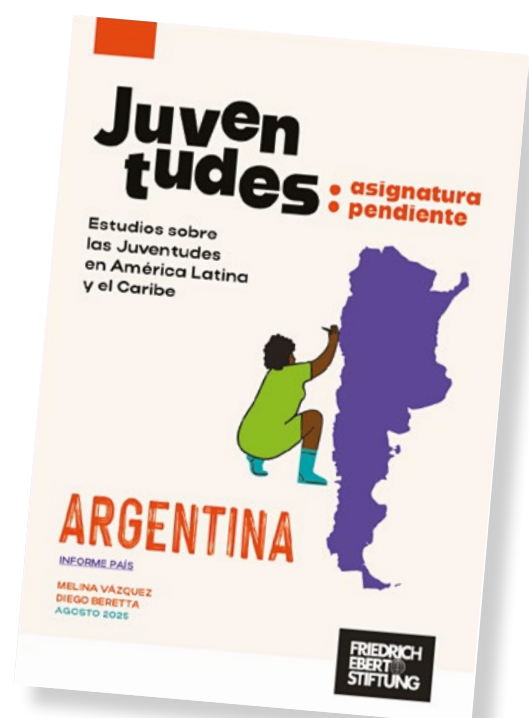
Wahlen haben nach wie vor einen hohen Stellenwert: 74% sehen diese als Instrument des Wandels – unter denjenigen, die sich mit der Rechten identifizieren, sind es sogar 79%. Fast 60% schätzen die Figur eines „starken Führers“ über die Institutionen (insbesondere Mitte-Rechts: 66%), in einem Kontext, der durch den Regierungsantritt von Javier Milei geprägt ist. Darüber hinaus sind 43% der Meinung, dass Demokratie auch ohne Parteien funktionieren könnte, was die Entfremdung von den traditionellen Akteuren widerspiegelt.

In institutioneller Hinsicht genießen Parteien, Kirchen und Gewerkschaften das geringste Vertrauen. Eine Ausnahme bilden die Universitäten, die ein Vertrauensniveau von 45% erreichen. Die Justiz wird quer durch alle Schichten in Frage gestellt: 58% sind der Meinung, dass sie „nie oder fast nie“ Gerechtigkeit gewährleistet.

POLITISCHE AGENDEN, WERTE UND POSITIONEN

Die Hauptsorgen sind Armut, Arbeitslosigkeit und Zugang zu Rechten (64%), gefolgt von Unsicherheit (54%), Drogenkonsum (36%) und Korruption (35%). Themen wie Klimawandel, polizeiliche Gewalt oder Demokratie stehen nicht an der Spitze dieser *Rangliste*, kommen aber zum Vorschein, wenn man über die Rolle des Staates nachdenkt: 80% sind der Meinung, dass dieser eine kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung und Gesundheitsversorgung gewährleisten muss, und 82% sehen ihn in der Verantwortung für den Umweltschutz.

Die Forderungen an die Politik sind klar: Beschäftigung und Produktion (sechs von zehn), gefolgt von Sozialpolitik (45%), Politik der öffentlichen Sicherheit (33%) und Wohnungspolitik



(31%); Klassen- oder ideologische Unterschiede ändern kaum etwas an diesen Prioritäten. Zu den am besten bewerteten öffentlichen Programmen für Jugendliche zählen die "umfassende Sexualerziehung" (ESI) (66%), *Progresar* (66%) und die "universelle Kinderbeihilfe" (AUH) (63%) sowie das "Notfall-Familieneinkommen" (IFE) (62%) und das Wahlrecht für Jugendliche (58%).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass junge Menschen die Unterstützung für eine Agenda der Rechte, das Streben nach Autonomie und hohe Erwartungen an den Staat verbinden. Dies geht aber mit Spannungen einher, die sich je nach Geschlecht, Alter und Ideologie polarisiert äußern.

EINE SKIZZE ÜBER DIE BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN

Weit entfernt vom Etikett „unpolitisch“ wollen junge Menschen sich engagieren; was fehlt sind horizontalere, inklusivere und reale Räume. Obwohl 30% „ein gewisses“ Interesse an Politik bekunden und nur 12% „großes“ Interesse, sprechen die meis-

ten häufig mit ihrer Familie (66%) und Freunden (54%) über diese Themen. Nur 13% sprechen aus Desinteresse, Langeweile oder Stress nie über Politik.

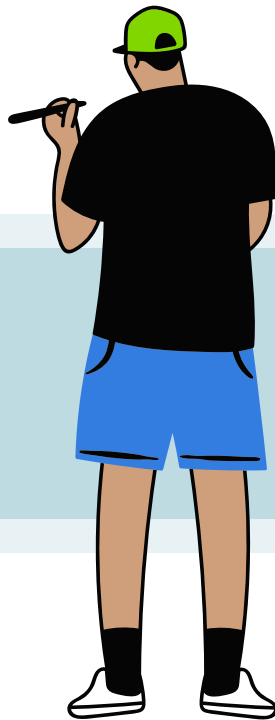
Wahlen sind nach wie vor das Tor zur Politik: 83% nahmen an den Präsidentschaftswahlen 2023 teil. Die Enttäuschung über die Parteien ist deutlich: Jeder Dritte fühlt sich von keiner Partei vertreten. Im Februar 2024 konzentrierte sich 33% der Anhänger auf *La Libertad Avanza*, gefolgt von *Unión por la Patria* (10%) und *Juntos por el Cambio* (5%). Obwohl nur 10% in einer Partei aktiv mitwirken, wären 24% bereit, dies in Zukunft zu tun – vor allem im Wahlkontext –, was eher auf eine konjunkturelle als ständige Beteiligung hindeutet.

Bezüglich des Organisationsniveaus waren 62% im letzten Jahr in keiner Organisation aktiv; unter denen, die doch mitmachten, dominieren Freizeit-, Kultur- und Freiwilligenbereiche. Für einen Teil der Befragten bleibt die Möglichkeit des Protests ein legitimes Mittel: 12% nahmen 2023 an Demonstrationen teil, motiviert durch Ungerechtigkeiten, Krisen und persönliche Anliegen.

Wie können wir junge Menschen dazu bringen, sich stärker in der Politik zu engagieren, um die Demokratie zu retten und zu stärken? Die Herausforderung besteht nicht nur darin, zu interpretieren, was sie denken oder wie sie wählen, sondern auch darin, sie beim Aufbau realer Räume der Repräsentation, des Zuhörens und des politischen Protagonismus zu begleiten.

Angesichts der Entfremdung, der Unsicherheit und des Aufstiegs von Führungskräften, die die Unzufriedenheit kanalisieren, hat das demokratische System eine historische Chance: die Verbindung zu den neuen Generationen wiederherzustellen und Wege zu eröffnen, die ihre Hoffnung als Treibkraft für den kollektiven Wandel nutzt.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/10/22388.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/10/22388.pdf)

BOLIVIEN



„KONTRASTE ERKUNDEN: DEMOKRATIE AUS DER SICHT DER BOLIVIANISCHEN JUGEND“ UNZUFRIEDENHEIT UND FORDERUNGEN DER JUGEND AN DIE POLITIK

Josue Cortez

Trotz ihrer Enttäuschung über die Demokratie und den Kurs des Landes betrachten junge Bolivianerinnen und Bolivianer die Stimmabgabe nach wie vor als einen Weg, ihre Realität zu verändern. Fernab von traditionellen ideologischen Etiketten legen sie Wert auf Themen wie soziale Gerechtigkeit, Umwelt und Geschlechterrechte. Der Bericht analysiert, wie sich junge Menschen zu organisierten politischen Beteiligungsräumen verhalten –oder sich von ihnen distanzieren– und öffnet damit ein Fenster zu dem komplexen Universum ihrer Hoffnungen, Forderungen und Frustrationen.

IN BOLIVIEN NAHMEN 1 103 JUNGE
MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.



EINE JUGEND, GEPRÄGT VON INSTABILITÄT UND DEMOKRATISCHEM VERFALL

Die politischen Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte haben eine Generation geprägt, die zwischen Polarisierung und Unsicherheit aufgewachsen ist. Vom Aufstieg der Bewegung *Movimiento al Socialismo* (MAS) im Jahr 2006 über die Verstaatlichung des Erdgases und die Erklärung Boliviens zum plurinationalen Staat, bis hin zu institutionellen Krisen und Spannungen innerhalb der Regierungspartei selbst, haben junge Menschen ein Modell erlebt, das ihren Erwartungen nicht gerecht wird. Dennoch vertrauen viele weiterhin auf Wahlen als Instrument des Wandels.

DRINGENDE FORDERUNGEN ANGESICHTS EINER UNGLEICHEN GEGENWART

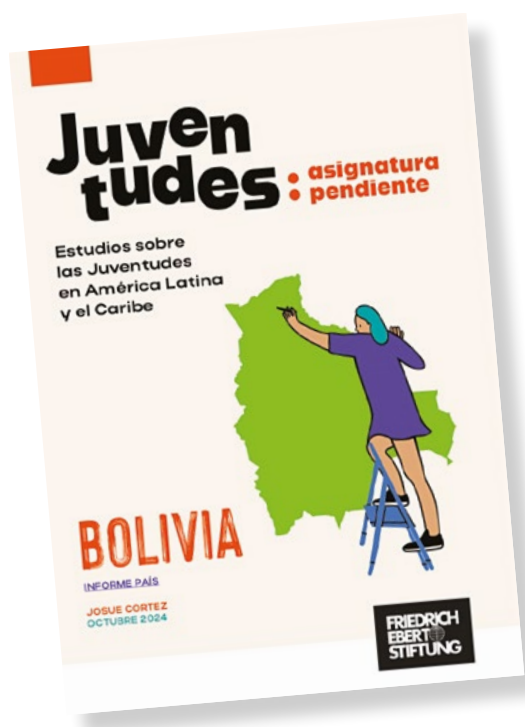
Die Hauptprobleme des Landes stehen in direktem Zusammenhang mit den Lebensbedingungen: Armut, Arbeitslosigkeit und eingeschränkter Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. So gaben es 61% der Befragten an. Diese Einschätzungen

spiegeln sich auch in den offiziellen Statistiken wider: 1,4 Millionen junge Menschen leben in moderater monetärer Armut.

Im Gesundheitswesen verfügen zwar 62% über eine Krankenversicherung, hauptsächlich eine öffentliche, aber 31% sind noch immer nicht versichert. Laut der Haushaltsumfrage (2022), ist die Abdeckung im Bereich der Schulbildung hoch. Die Forderungen konzentrieren sich auf die Verbesserung der Qualität der Gesundheitsversorgung.

Darüber hinaus betrachten 46% Korruption als ein zentrales Problem in einem Land, das laut dem *World Justice Project* zu den korruptesten Ländern Lateinamerikas gehört. Auch Unsicherheit, Drogenhandel und mangelnde Gerechtigkeit geben Anlass zur Sorge.

Vor diesem Hintergrund sind die Prioritäten der Jugendlichen klar: menschenwürdige Arbeit (54%), kollektives Wohlergehen (43%) und mehr Sicherheit (28%). Hinzu kommen Umweltschutz, Zugang zu Wissenschaft und Technologie sowie das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Diese Bestrebungen spiegeln den klaren Ruf nach einem gerechteren, inklusiveren und zukunftsfähigen System wider.



ZWISCHEN DEMOKRATISCHER ENTTÄUSCHUNG UND DER GEFAHR DES AUTORITARISMUS

Obwohl 52% mit der Demokratie unzufrieden sind, glauben 51%, dass Wahlen die Probleme des Landes lösen können. Dieser scheinbare Widerspruch spiegelt eine ambivalente Beziehung zur Politik wider: Nur 17% haben ein großes Interesse daran. Aber 85% geben an, mit Familienangehörigen und Freunden darüber zu diskutieren. Die Wahrnehmung, dass ihre Anliegen in der Politik vertreten sind, ist gering: Nur 27% sind der Meinung, dass ihre Probleme „ziemlich oder vollständig“ im politischen System widergespiegelt werden, während 26% der Meinung sind, dass dies überhaupt nicht der Fall ist.

Diese Enttäuschung drückt sich auch in einer besorgniserregenden Offenheit gegenüber autoritären Alternativen aus. 69% glauben, dass ein starker Führer die Probleme des Landes besser lösen würde als demokratische Parteien und Institutionen, und fast die Hälfte (44%) gibt an, dass es ihnen egal ist, ob sie in einer Demokratie leben oder nicht. Trotz dieser Zahlen gibt es nach wie vor eine Mehrheit (68%), die Demokratie als die beste Regierungsform ansieht – eine Grundlage, auf der man aufbauen kann, um das Vertrauen der Jugendlichen in das demokratische System wiederherzustellen.

INSTITUTIONELLES MISSTRAUEN: EIN HINDERNIS FÜR DIE DEMOKRATISCHE TEILHABE

Das Misstrauen der bolivianischen Jugend gegenüber den Institutionen ist tiefgreifend und weit verbreitet. Weniger als 10% geben an, großes Vertrauen in die Staatsgewalten – Exekutive, Legislative, Judikative und Wahlbehörde – zu haben, während über 40% allen Gewalten misstrauen.

Politische Parteien und Polizei führen die Liste der Institutionen mit der geringsten Glaubwürdigkeit an: 54% vertrauen ihnen sehr wenig oder gar nicht. Selbst traditionell angesehene Institutionen wie Universitäten (25%) oder Kirche (19%) verzeichnen ein geringes Maß an Vertrauen. Die Hälfte der Befragten misstraut dem Präsidenten und seinem Kabinett.

JUGENDBETEILIGUNG: ZWISCHEN PARTEIENTTÄUSCHUNG UND NEUEN FORMEN DES AKTIVISMUS

Zwischen 53% und 59% der Jugendlichen haben sich noch nie an parteipolitischen Aktivitäten beteiligt und haben auch kein Interesse daran; nur 11% sind jemals einer Partei beigetreten. Allerdings zeigt ein Drittel Bereitschaft, sich zu engagieren, was eine Chance darstellt, die politischen Strukturen zu erneuern und den *Caudillismo* zu überwinden.

Die Jugendlichen bekunden Interesse daran, sich auf alternative Weise zu engagieren: durch ehrenamtliche Tätigkeiten (49%), digitalen Aktivismus (41%) oder verantwortungsbewussten Konsum (36%). Im Gegensatz dazu stoßen konfrontativere Aktionen wie Streiks oder symbolische Besetzungen auf Ablehnung (71% bzw. 69% geben an, sich daran noch nie beteiligt zu haben und dies auch nicht tun zu wollen).

Darüber hinaus haben 51% im letzten Jahr in keiner sozialen Organisation engagiert. Die Hauptmotive für ein Engagement sind die Möglichkeit etwas zu lernen, Geselligkeit und der Freizeitnutzen; Gründe gegen das Engagement sind hingegen fehlende konkrete Vorteile, geringe Übereinstimmung mit den eigenen Interessen und Zeitmangel.



Trotz Enttäuschung und Misstrauen gibt die bolivianische Jugend den Wunsch nicht auf, ihr Land zu verändern. Sie glaubt an Wahlen und sucht nach neuen Formen der Beteiligung, die horizontaler sind und ihren Werten besser entsprechen.

Die Herausforderung besteht in Bolivien vor allem darin, echte Beteiligungskanäle zu stärken, das Vertrauen in die Institutionen wiederherzustellen und Räume zu schaffen, in denen junge Menschen eine aktive Rolle spielen können.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/04/21899.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/04/21899.pdf)

BRASILIEN



DEMOKRATIE, PARTIZIPATION UND POLITISCHE POSITIONIERUNG DER BRASILIANISCHEN JUGEND

**Elisa Guaraná, Severine Macedo,
Olivia Perez, Willian Habermann**

Brasilien ist ein junges Land: 48,5 Millionen Menschen sind zwischen 15 und 29 Jahre alt, das entspricht einem Viertel der Bevölkerung (IBGE, 2022). Der Aufbau der Rechte für Jugendliche war jedoch von Fortschritten und Rückschlägen geprägt. Es gab tiefgreifende politische Veränderungen: von der Regierungszeit der *Partido de los Trabajadores* und der Schaffung des Jugendstatuts über die Kürzungen während der Amtszeiten von Michel Temer und Jair Bolsonaro, bis hin zu den massiven Protesten 2013, der Amtsenthebung von Dilma Rousseff und dem Putschversuch 2023. Der Bericht untersucht die Widersprüche, Ängste und Hoffnungen einer Generation, die die Regeln des demokratischen Spiels neu definiert.

**IN BRASILIEN NAHMEN 2.024 JUNGE
MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.**



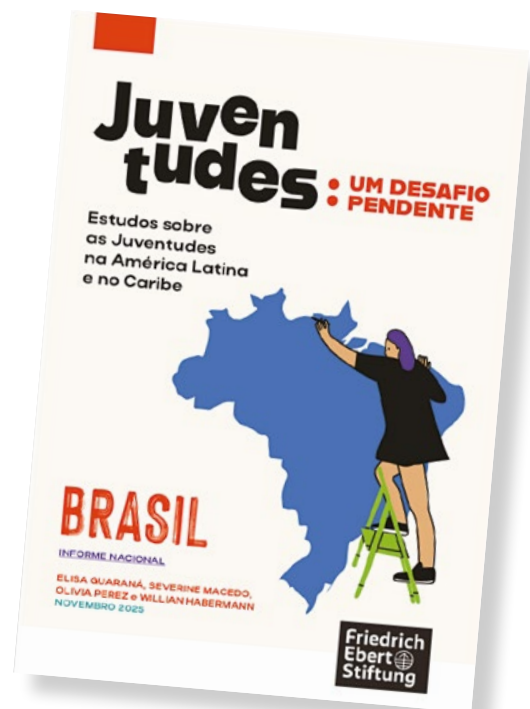
ZWISCHEN PRIVATER ZUFRIEDENHEIT UND ÖFFENTLICHER UNSICHERHEIT

Die Untersuchung offenbart ein Paradoxon: Junge Brasilianer zeigen sich mit ihrem persönlichen Leben in einem hohen Maß zufrieden, mit dem öffentlichen Leben aber deutlich weniger. 67% geben an, mit ihrem Leben insgesamt zufrieden zu sein, 70% mit ihrer Familie, 50% mit ihren Freunden, 57% mit ihrer Gesundheit und 59% mit ihrer Bildung. Geht es jedoch um das Land, ändert sich das Bild: 45% sind mit ihrer wirtschaftlichen Situation unzufrieden und 55% mit der Lage des Landes. Diese Wahrnehmungen spiegeln die Auswirkungen historischer Ungleichheiten und der Reformen wider, die nach 2016 zu prekären Arbeitsverhältnissen und Kürzungen der sozialen Rechte führten.

Bildung ist einer der am besten bewerteten Aspekte: 67% beurteilen die erhaltene Ausbildung positiv, und zum ersten Mal hat über die Hälfte der Bevölkerung, die über 25 Jahre alt ist, die Grundausbildung abgeschlossen (IBGE, 2023). Im Gegensatz dazu ist die Beschäftigung nach wie vor ein Problem: Nur 36% der 18- bis 35-Jährigen haben einen festen Arbeitsplatz. Diese Daten spiegeln die Ungleichheit wider: 45% der jungen Weißen haben Zugang zu formellen Arbeitsplätzen, gegenüber nur 29% der jungen Schwarzen. Trotz dieses Phänomens glauben 88% der Befragten, dass ihre Zukunft in 5 Jahren besser sein wird – ein Zeichen für den Optimismus, der auch in schwierigen Zeiten anhält.

DER STAAT IM FOKUS: ARMUT, UNSICHERHEIT UND FORDERUNGEN DER JUGEND

Für die Mehrheit der brasilianischen Jugendlichen haben die Hauptprobleme des Landes einen sozialen Hintergrund: 61% nennen Armut, Arbeitslosigkeit und den mangelnden Zugang zu Grundrechten als ihre größten Sorgen. Es folgen Drogenkonsum,



Korruption, geschlechtsspezifische Gewalt und organisierte Kriminalität.

Die Analyse nach Geschlecht zeigt erhebliche Unterschiede: 65% der jungen Frauen nennen Armut, Arbeitslosigkeit und den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung als vorrangige Probleme, gegenüber 57% der Männer. Die Unsicherheit betrifft insbesondere Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren (39%) und verschärft sich in einem Land, in dem zwischen 2012 und 2021 laut dem *Plan Juventud Negra Viva* 298.602 junge Menschen ermordet wurden, davon 76% Schwarze.

Die Wahrnehmungen in Bezug auf Sicherheit und Staat sind komplex: 69% befürworten strengere Strafen und 70% eine Senkung des Strafmündigkeitsalters. Allerdings erkennt die Hälfte an, dass mehr Waffen zu mehr Gewalt führen, und 64% sieht eine verbesserte Ausbildung der Polizei als Schlüssel für Gewaltprävention.

Was die Prioritäten für öffentliche Politik angeht, so steht die Beschäftigung an erster Stelle (55%),

gefolgt von Sozialpolitik (46%), Sicherheit, Wohnen und Umwelt. Allerdings geben nur 16% an, eine öffentliche Jugendpolitik zu kennen –weit weniger als die 44% im Jahr 2013–, was den institutionellen Abbau der letzten Jahre widerspiegelt.

Dennoch sieht die Mehrheit den Staat weiterhin als einen wichtigen Akteur im Kampf gegen Ungleichheiten und für eine gerechtere Zukunft, wenn auch mit einer zunehmend kritischen und misstrauischen Haltung.

IDEOLOGIE, POLITIK UND DEMOKRATIE: AMBIVALENZEN DER JUGEND

Die brasilianische Jugend lässt sich nicht ohne Weiteres in die traditionellen Kategorien „links“ oder „rechts“ einordnen. 44% identifizieren sich mit der Mitte, 38% mit der Rechten und 18% mit der Linken. Dies zeigt die Stärke konservativer Positionen, aber auch die ideologische Vielfalt. Das Geschlecht macht Unterschiede deutlich: 20% der Frauen stehen links, gegenüber 17% der Männer. Dies ist ein Zeichen für den Einfluss der Feminismen auf das politische Bewusstsein der Frauen.

Was die Demokratie betrifft, so geben 66% an, dass sie nach wie vor die beste Regierungsform ist, obwohl 58% mit der Idee starker Führer sympathisieren und 49% mit einer Demokratie ohne Parteien. Die Mehrheit lehnt autoritäre oder militärische Lösungen ab.

Die Jugend befürwortet einen aktiven Staat mit umfassender Unterstützung für öffentliche Bildung und Gesundheit, Umweltschutz, Umverteilung des Reichtums und Autonomie der indigenen Bevölkerung. Sie vertritt auch progressive Positionen in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte –wie die gleichgeschlechtliche Ehe und die Gesundheitsversorgung von Transgender-Personen–, obwohl Abtreibung mit nur einem Drittel der Zustimmung weiterhin ein Thema ist, das zu Spaltungen führt.

Es handelt sich um eine pluralistische und widersprüchliche Generation, die progressive Forderungen mit konservativen Überzeugungen verbindet. Dies spiegelt ein politisches Umfeld wider, das sich in ständigem Umbruch befindet.

VERTRAUEN UND POLITISCHE BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN

Das Vertrauen in traditionelle politische Institutionen ist gering: 57% misstrauen den Parteien, 45% dem Präsidentenamt und 42% der Legislative. Im Gegensatz dazu werden Universitäten, Kirchen und Medien positiver bewertet. Auch die ethnische Zugehörigkeit spielt eine Rolle: Schwarze Jugendliche äußern ein größeres Misstrauen gegenüber der Polizei und dem Justizsystem, was ihre historische Erfahrung mit Gewalt und Kriminalisierung widerspiegelt. Die Mehrheit hat jedoch ein mittleres Vertrauen, was eher auf eine kritische Haltung als auf eine völlige Ablehnung hindeutet.

Das Interesse an Politik ist moderat: Nur 25% geben an, großes oder ziemlich großes Interesse zu haben, wobei es sich überwiegend um Jugendliche aus der Oberschicht handelt. Diejenigen, die sich aktiv in einer Organisation engagieren, tun dies aus folgenden Gründen: Verteidigung der Familie (26%), Umwelt (22%), Rechte der Jugendlichen (15%) oder antirassistische Bewegungen (13%). 19% geben an, derzeit nicht aktiv zu sein, würden dies aber gerne tun, was ein latentes Mobilisierungspotenzial erkennen lässt. Die häufigsten Formen des Engagements sind digitaler Aktivismus (23%), politischer Konsum (19%) und eine Petition unterschreiben oder Unterschriften dafür sammeln (16%), während radikalere Aktionen wie Streiks oder symbolische Besetzungen nur geringe Zustimmung finden.

Diese Zahlen zeigen eine Jugend, die Institutionen kritisch gegenübersteht, aber offen ist für neue Formen der Beteiligung und bereit, zu handeln,

wenn die Anliegen einen Bezug zu ihrem Alltag haben.

DIGITALE JUGEND: ZWISCHEN INFORMATION UND MOBILISIERUNG

Soziale Netzwerke nehmen einen zentralen Platz im Leben der brasilianischen Jugendlichen ein, sowohl um sich zu informieren als auch um sich zu äußern. 93% konsumieren täglich oder mehrmals pro Woche Nachrichten; soziale Netzwerke sind ihre Hauptquelle für politische Informationen (57%),

gefolgt vom Fernsehen (45%) und Plattformen wie *YouTube* oder *WhatsApp*.

Die Nutzung dieser Räume ist jedoch überwiegend passiv und konzentriert sich auf Unterhaltung oder soziale Interaktion, was ihr Mobilisierungspotenzial einschränkt. Die häufigste digitale Beteiligung besteht darin, auf Beiträge zu reagieren, sie zu teilen oder zu kommentieren, während die Erstellung politischer Inhalte – Kampagnen, Blogs oder Memes – nur selten vorkommt. So geben 39% an, sich in sozialen Netzwerken engagiert zu haben, und 20% zeigen Interesse daran, was ein fruchtbarer Boden für zukünftige Aktionen ist.

Die brasilianische Jugend lebt zwischen institutionellem Misstrauen und der Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft. Obwohl ihre traditionelle politische Beteiligung gering ist, besteht ein wachsendes Mobilisierungspotenzial, insbesondere in Bezug auf Themen wie Umwelt, Feminismus, Antirassismus und Menschenrechte.

Um ihre Forderungen zur Treibkraft für eine gerechtere und partizipativere Demokratie zu machen, ist die Anerkennung der Jugendlichen als vollwertige politische Akteure sowie die Stärkung einer inklusiven und intersektionalen Politik entscheidend.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Portugiesisch
hier herunter.



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/11/22422.PDF](https://juventudesasignaturapendente.com/wp-content/uploads/2025/11/22422.pdf)

CHILE



„JUGEND, POLITIK UND DEMOKRATIE IN CHILE: EIN GESPRÄCH ÜBER VERÄNDERUNGEN“. SPANNUNGEN UND HERAUSFORDERUNGEN DER JUGEND GEGENÜBER DEM DEMOKRATISCHEN SYSTEM

**Óscar Aguilera Ruiz,
Francisco Álvarez Langenbach**

Sieben von zehn chilenischen Jugendlichen betrachten die Demokratie als die beste Regierungsform und Wahlen als einen wirklichkeitsnahen Mechanismus für sozialen Wandel. Es gibt jedoch auch Warnsignale: Unter 30% sind mit der Demokratie zufrieden und fast die Hälfte hält in Krisenzeiten ein Militärregime für eine Alternative. Diese Kombination aus normativer Unterstützung der Demokratie und Sympathie für starke Führungsfiguren spiegelt die Widersprüche und macht die Herausforderung für die Institutionen sowie für die öffentliche Debatte über die politische Zukunft des Landes deutlich. Die Ergebnisse der Studie zeigen nicht nur wie die Jugend zur Politik steht, sondern regen auch zum Nachdenken darüber an, wie man Staatsbürgerschaft in einem Land aufbauen kann, in dem die Jugend die Hauptakteure der wichtigsten sozialen Veränderungen in den letzten 2 Jahrzehnten waren.

IN CHILE NAHMEN 2002 JUNGE MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.

ZWISCHEN PREKARITÄT UND DEMOKRATISCHER HERAUSFORDERUNG

Die chilenische Jugend lebt inmitten starker Gegensätze. Obwohl die meisten Jugendlichen aus Familien mit einem abgeschlossenen (oder technischen) Schulabschluss stammen (40%), gefolgt von Familien mit vollständiger (23%) und unvollständiger (15%) Hochschulbildung, garantieren diese Fortschritte keine Arbeitsplatzsicherheit: 47% der jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren geben an, arbeitslos zu sein. Im Bereich Gesundheit sind 36% öffentlich und 14% privat versichert, aber jeder Vierte hat keinerlei Versicherungsschutz, was die Fragilität des sozialen Schutzsystems widerspiegelt.

Auf persönlicher Ebene sind junge Menschen mit ihrem Familienleben (72%) und ihrem Privatleben (58%) zufrieden. Aber diese Zufriedenheit nimmt ab, wenn sie ihre wirtschaftliche Situation (34% sind wenig oder gar nicht zufrieden) und vor allem die des Landes (44%) bewerten. Diese Dualität offenbart eine Generation, die innerlich widerstandsfähig ist, aber kritisch zur Entwicklung Chiles steht.

Auf die Frage nach den dringendsten Problemen sind die Sorgen konkret: Drogen (55%), Armut und Arbeitslosigkeit (49%), organisierte Kriminalität (46%) und Unsicherheit (42%) stehen ganz oben auf der Liste. Weiter unten folgen geschlechtsspezifische Gewalt, Justiz und mangelnde Demokratie.

Ihre Prioritäten gegenüber dem Staat sind klar: Sozialpolitik (47%), Beschäftigung (47%), Sicherheit (37%) und Wohnen (31%). Die Themen sexuelle und reproduktive Rechte (12%) und Kultur (7%) treten in den Hintergrund.

Was den Zugang zu Informationen angeht, so informieren sich 67% der Jugendlichen hauptsächlich über soziale Netzwerke, gefolgt vom Fernsehen (45%). *YouTube*, *WhatsApp* und Online-Zeitungen erreichen zwischen 26% und 20%. Auch die Zeitznutzung spiegelt ihre Prioritäten wider: Sie widmen etwa 9 Stunden pro Woche der Arbeit, 6 Stunden der Freizeit oder den sozialen Netzwerken und nur 1 Stunde dem Aktivismus oder ehrenamtlichen Engagement. Die institutionelle Politik konkurriert daher mit dem Alltag, der von Arbeit für den Lebensunterhalt und sozialen Bindungen geprägt ist.



Schließlich ist das Verhältnis zur Demokratie von Misstrauen geprägt: Nur 26% sagen aus, mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden zu sein, obwohl sieben von zehn diese weiterhin als die beste Regierungsform betrachten. Diese Enttäuschung bedeutet jedoch keine völlige Ablehnung, sondern eine Kritik an der aktuellen Funktionsweise des Systems. Dennoch geben autoritäre Tendenzen Anlass zur Sorge: 33% sagen, dass es ihnen egal ist, ob sie in einer Demokratie leben oder nicht. 48% halten ein Militärregime in Krisenzeiten für eine mögliche Lösung und 41% bevorzugen in bestimmten Fällen eine autoritäre Regierung. Die Herausforderung ist klar: Die Jugend muss wieder für die Demokratie gewonnen werden, nicht nur als Ideal, sondern als Praxis, die ihren tatsächlichen Bedürfnissen entspricht.

WIE ERKLÄRT SICH DAS POLITISCHE DENKEN JUNGER MENSCHEN?

Über allgemeine Meinungen hinaus versuchte diese Studie zu verstehen, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass sich junge Menschen auf dem politischen Spektrum präzise positionieren. Die Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede weniger vom Alter, Geschlecht oder der sozialen Schicht abhängen, sondern vielmehr von ihren Einstellungen und Werten bezüglich der Politik, Wirtschaft und Kultur.

In der politischen Dimension lassen sich zwei Profile erkennen: „Autoritarismus“ – der diejenigen umfasst, die militärische Lösungen oder undemokratische Regime rechtfertigen – und „Liberalismus“ – diejenigen, die Demokratie schätzen, aber den Parteien und schwachen Führern misstrauen. Die eher in Richtung „Autoritarismus“-Denkenden neigen dazu, sich mit der Rechten zu identifizieren, während die „Liberalen“ sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite zu finden sind, was auf neue Formen des politischen Denkens hindeutet.

Auf wirtschaftlicher Ebene stehen diejenigen, die Umverteilungsmaßnahmen ablehnen und

es vorziehen, dass der Privatsektor öffentliche Dienstleistungen verwaltet, eher rechts. In kultureller Hinsicht neigen auch konservativere junge Menschen, die feministischen Forderungen weniger zugeneigt sind, eher zur rechten Seite. Die wichtigste Erkenntnis ist, dass ideologische Unterschiede nicht nur durch den sozialen Status erklärt werden können, sondern auch durch die Haltung zu konkreten Themen wie Geschlechtergleichheit, Rolle des Staates und der Demokratie als System.

SCHLUSSFOLGERUNGEN: JUGENDLICHE, DEMOKRATIE UND DIE HERAUSFORDERUNG, VERTRAUEN IN DIE ZUKUNFT ZU HABEN

Die Ergebnisse zeigen eine anhaltende Spannung zwischen der Wertschätzung der Demokratie und der Unzufriedenheit mit ihrer Funktionsweise. Obwohl die chilenische Jugend die Demokratie als das beste Regierungssystem anerkennt, äußert sie ein tiefes Misstrauen gegenüber ihren Institutionen und stellt die Fähigkeit der Politik in Frage, wirksame Antworten auf ihre Forderungen zu geben.

Die Studie identifiziert zwei unterschiedliche Haltungen gegenüber dem System: den „Autoritarismus“, der eher mit der Rechten verbunden ist und die Demokratie an sich kritisiert, und den „Liberalismus“, der die Demokratie zwar verteidigt, aber in einer eingeschränkten Form mit starken Führern und ohne Parteien. Dieser Unterschied ist entscheidend, denn er zeigt, dass nicht jede Enttäuschung der Jugend zum Wunsch nach einer Diktatur führt, sondern sich in einer eingeschränkten Sichtweise über die demokratische Teilhabe niederschlagen kann.

Obwohl sich viele junge Menschen als Mitte oder rechtsnah bezeichnen, sind ihre Werte in kultureller Hinsicht eher liberal und in wirtschaftlicher Hinsicht eher auf Umverteilung ausgerichtet. Das Misstrauen gegenüber dem Staat bleibt jedoch bestehen, was erklärt, warum die Jugend in einigen Fällen eine

Verwaltung der öffentlichen Dienstleistungen durch den Privatsektor bevorzugt.

Die große Herausforderung liegt in der demokratischen Beteiligung. Junge Menschen aus einkommensschwachen Familien engagieren

sich am wenigsten in sozialen oder politischen Organisationen. Dadurch laufen sie Gefahr, von der öffentlichen Debatte ausgeschlossen zu werden. Geht dieser Trend mit institutionellem Misstrauen einher, verstärkt sich ein Kreislauf der Ausgrenzung.

Die Botschaft ist klar: Ohne eine öffentliche Politik, die das Vertrauen stärkt und die Beteiligung junger Menschen fördert, wird die chilenische Demokratie weiterhin mit einem Mangel an Legitimität und Repräsentation zu kämpfen haben.

Laden Sie den
**VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT** auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/10/22387.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/10/22387.pdf)

KOLUMBIEN



„WEIL MORGEN EIN SCHÖNER TAG WIRD“: EINE BESTANDSAUFNAHME DER KRITISCHEN UND HOFFUNGSVOLLEN JUGEND IN KOLUMBIEN

**Juliana Hernández de la Torre,
Miyerlandy Cabanzo Valencia**

Die Stimmen junger Kolumbianerinnen und Kolumbianer zeigen eine Generation, die die Gegenwart hinterfragt, sich der strukturellen Herausforderungen des Landes bewusst ist, aber dennoch die Hoffnung auf sozialen Wandel aufrechterhält. Diese Studie ist eine tiefgreifende Analyse der Jugend in einem Kontext von Ungleichheit, wirtschaftlicher Unsicherheit und institutionellem Misstrauen, der jedoch auch von einer starken Erwartung nach Veränderung geprägt ist.

IN KOLUMBIEN NAHMEN 2 004
JUNGE MENSCHEN AN DER
STUDIE TEIL.

EIN LAND, DAS MENSCHEN MOBILISIERT: JUGEND UND SOZIALER WANDEL

Zwischen 2011 und 2021 erlebte Kolumbien einen anhaltenden Zyklus der Mobilisierung von jungen Menschen - von Studentenprotesten für Bildung bis hin zu den sozialen Unruhen 2021 - der den

Weg für die erste linke Regierung in der jüngeren Geschichte, unter der Führung von Gustavo Petro und Francia Márquez, ebnete.

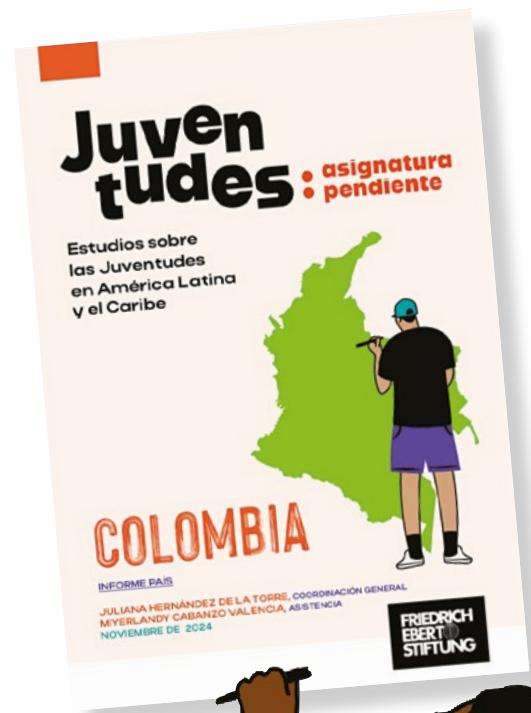
Dennoch sind viele Jugendliche mit der Situation des Landes weiter unzufrieden. Sicherheitsprobleme, nicht eingehaltene Regierungsversprechen und das Ausbleiben struktureller Lösungen haben das Vertrauen in die Institutionen erschüttert. Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte 2024 19,2%, und 37% der Erwerbstätigen verdienen weniger als 300 US-Dollar im Monat (DANE, 2024). Darüber hinaus ist die Hochschulbildung nach wie vor ungleich verteilt: In über 700 Gemeinden liegt die Quote unter 50% (SNIES, 2024).

Trotzdem blicken die jungen Menschen in Kolumbien hoffnungsvoll in die Zukunft und sind von ihrer Fähigkeit zur Veränderung überzeugt.

ÜBER DIE WAHLEN HINAUS

58% der Jugendlichen glauben, dass Wahlen die Realität verändern können, obwohl sich ihr politisches Engagement vor allem auf unkonventionelle Weise äußert: Verzicht auf den Konsum von Produkten aus politischen oder ökologischen Gründen (24%), digitaler Aktivismus (20%) oder Teilnahme an Protestmärschen oder Unterschriftensammlungen (19%). Von denjenigen, die sich nicht politisch beteiligen, wären 45% bereit, dies zu tun, vor allem durch ehrenamtliches Engagement oder soziale Netzwerke (36%).

Im Jahr 2021 fanden zum ersten Mal Wahlen zu den kommunalen Jugendräten statt. Obwohl die Beteiligung begrenzt war, stellte dieser Prozess einen institutionellen Meilenstein für die politische Vertretung der Jugend dar.



KRITISCH GEGENÜBER DER GEGENWART, OPTIMISTISCH GEGENÜBER DER ZUKUNFT

Die Hauptsorgen der kolumbianischen Jugendlichen sind Armut (65%), Drogenkonsum (49%), Unsicherheit (45%) und Korruption (42%). Hinzu kommen anhaltende Phänomene wie geschlechtsspezifische Gewalt, polizeiliche Gewalt und Zwangsmigration.

In Bezug auf die Politik sind ihre Prioritäten klar: Beschäftigung und Jugendwirtschaft (63% der Frauen, 57% der Männer) und Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit (51% der Frauen, 48% der Männer).

Trotz der prekären Lage glauben 86% der Befragten, dass sich ihr Leben in den nächsten 5 Jahren verbessern wird. Diese Hoffnung geht einher mit einer kritischen Haltung gegenüber dem Staat und der Wahrnehmung, dass die Institutionen nicht angemessen auf ihre Bedürfnisse eingehen.

EIN AMBIVALENTES VERHÄLTNISS ZU DEN INSTITUTIONEN

69% der Jugendlichen bevorzugen die Demokratie gegenüber jedem anderen System, aber nur 8% sind mit ihrer Funktionsweise „sehr zufrieden“. Die Warnsignale sind offensichtlich: 61% vertrauen den politischen Parteien nicht. Nur 37% vertrauen den Universitäten (der am besten bewerteten Institution). Der Kongress (51%) und die politischen Parteien (61%) genießen nur ein geringes Vertrauen.

Darüber hinaus lässt sich eine Generations- und Geschlechterkluft feststellen: Während Frauen eher progressive Positionen vertreten, zeigen junge Männer ein höheres Maß an Konservatismus. 52% von ihnen glauben, dass Feministinnen „Männer unterwerfen wollen“, und 30% neigen dazu, autoritäre Führungsstile und Regierungen zu akzeptieren.

EZWISCHEN POLITISCHER MITTE UND DER SUCHE NACH CHANCEN

Obwohl das Land von der Linken regiert wird, identifizieren sich die meisten jungen Menschen mit der politischen Mitte (58%) oder der Rechten (26%). Die häufigsten Gründe für junge Menschen, sich nicht in Organisationen zu engagieren, sind Zeitmangel (34%), keine ihren Interessen entsprechende Organisationen (40%), und die Präferenz für individuelles Handeln (30%).

Diejenigen, die angaben, einer Organisation anzugehören, erklärten, dass sie dies hauptsächlich tun, um Erfahrungen zu sammeln (41%), anderen zu helfen (33%) oder soziale Kontakte zu knüpfen (29%), und weniger aus traditionellen politischen Motiven.

Im Allgemeinen äußern sechs von zehn Jugendlichen den Wunsch auszuwandern, was das Streben nach Chancen außerhalb des Landes widerspiegelt. Migration erscheint als eine Lebensoption: Unter denjenigen, die auswandern möchten, würden 52% dies aufgrund neuer Erfahrungen oder der Wirtschaftskrise tun und 43% wegen fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten.

SOZIALE NETZWERKE, NEUE POLITISCHE SZENARIEN

Soziale Netzwerke sind für kolumbianische Jugendliche das wichtigste Medium für politische Informationen: 63% nutzen sie häufiger als Fernsehen oder Presse. Die häufigsten Formen der digitalen Beteiligung sind: politische Inhalte *liken* (34%), Informationen suchen (28%) und Memes teilen (27%). Nur eine kleine Gruppe erstellt eigene Inhalte, um Kampagnen zu bewerben (4%) und Blogs zu schreiben (5%). Die wichtigsten Themen, für die sich Jugendliche online einsetzen, sind Umwelt (22%), Jugendrechte (14%) und Feminismus oder Geschlechterfragen (10%). Das digitale Umfeld birgt jedoch auch Risiken: Desinformation, Hassreden, Radikalisierung, algorithmische Manipulation und Auswirkungen auf die psychische Gesundheit.

Obwohl junge Menschen traditionellen Kanälen misstrauisch gegenüberstehen, haben sie weder die Demokratie noch kollektives Handeln aufgegeben. Dies bietet die Chance, durch inklusivere pädagogische und kreative Vorschläge - in ihrer eigenen Sprache und auf ihre Lebensrealität eingehend - wieder eine Verbindung zur Politik herzustellen.

Parteien, Staat und Zivilgesellschaft stehen vor einer gemeinsamen Herausforderung: Sie müssen einer Generation, die nicht mehr darauf wartet, zur Teilnahme eingeladen zu werden, sondern die Formen der Politikgestaltung aus dem digitalen, alltäglichen und emotionalen Bereich neu definieren will, echte und repräsentative Antworten bieten.

Laden Sie den
**VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT** auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/04/21595.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/04/21595.pdf)

COSTA RICA



„JUGENDLICHE IN COSTA RICA: ZWISCHEN DEMOKRATIE UND AUTORITARISMUS“: SPANNUNGEN UND DEMOKRATISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER COSTA-RICANISCHEN JUGEND

**Ilka Treminio Sánchez,
Cathalina García Santamaría**

Dies ist eine gründliche Analyse der costa-ricanischen Jugend in einem Kontext, der von Ungleichheit, geringem Vertrauen in Institutionen, Sorgen um die Beschäftigung und einer wachsenden politischen Enttäuschung geprägt ist.

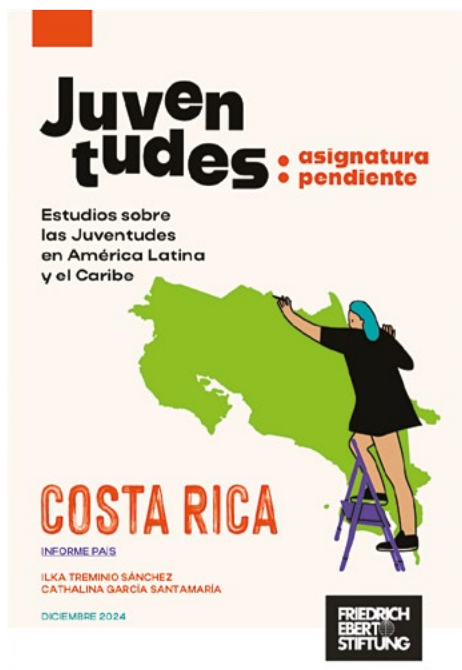
Dennoch zeigt die Studie Möglichkeiten für Wandel auf, wenn Räume für eine echte Beteiligung und Vertretung junger Menschen geschaffen werden.

IN COSTA RICA NAHMEN 1 149 JUNGE MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.

WAHLFRAGMENTIERUNG UND INSTITUTIONELLE ENTTÄUSCHUNG

Costa Rica erlebt derzeit eine politische Situation, die durch eine Fragmentierung der Parteien, eine





Schwächung der traditionellen demokratischen Kanäle und eine zunehmende Entfremdung von den Institutionen gekennzeichnet ist. Die Wahlen im Jahr 2022 verzeichneten eine historisch niedrige Wahlbeteiligung (56,7% in der Stichwahl) (TSE, 2022), und die höchste Anzahl registrierter Parteien seit 1953, was eine zersplitterte und misstrauische Gesellschaft widerspiegelt. Aus diesem Kontext heraus entstand die Partei Progreso Social Democrático (Sozialdemokratische Fortschrittspartei), die Rodrigo Chaves an die Macht brachte.

Der konfrontative Stil von Chaves stellt einen Bruch mit der institutionellen Tradition des Landes dar. Obwohl er mit einer legislativen Minderheit regiert (10 von 57 Sitzen) und vor der Halbzeit mit seiner eigenen Partei gebrochen hat, genießt er weiterhin hohe Zustimmungswerte (54% im April 2025, laut CIEP-UCR).

Auf wirtschaftlicher Ebene sank die Gesamtarbeitslosigkeit auf 7,82%, bei den 15- bis 24-Jährigen liegt sie jedoch bei 21,06%. Die relative Armut sank auf 21,8% und die extreme Armut auf 6,3%, obwohl die Sozialausgaben auf den

niedrigsten Stand des letzten Jahrzehnts gesunken sind (von 12% auf 9,7% des BIP) (INEC, 2024); Dies hat sich insbesondere auf die Bildung und die Jugendpolitik ausgewirkt. Diese Situation führt bei den Jugendlichen, die mit höherer Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und geringer politischer Vertretung konfrontiert sind, zu Misstrauen und Enttäuschung.

ZWISCHEN DEMOKRATISCHEM IDEAL UND AUTORITÄRER VERSUCHUNG

58% der jungen Costa-Ricaner bevorzugen die Demokratie als Regierungssystem und 68% glauben, dass Wahlen die Realität verändern können. Allerdings würden vier von zehn der Befragten eine autoritäre Regierung akzeptieren, wenn diese „die Probleme des Landes lösen könnte“. Tatsächlich ist die Zufriedenheit mit der Demokratie gering: 37% geben an, zufrieden zu sein, 47% sind mäßig zufrieden und 16% sind unzufrieden. Unter den 15- bis 17-Jährigen befürworten 56% die Demokratie, bei den 27- bis 35-Jährigen sind es sogar 65%. Aber unter den 18- bis 26-Jährigen geben 42% zu, dass sie unter bestimmten Umständen ein autoritäres Regime bevorzugen würden. Dieses Bild zeigt eine Jugend, die Demokratie als Ideal schätzt, aber an ihrer praktischen Wirksamkeit zweifelt. Dies unterstreicht die Dringlichkeit, politische Bildung, echte Teilhabe und eine inklusive Politik zu stärken, um die Jugend wieder an das demokratische Leben anzubinden.

WAS DIE COSTA-RICANISCHE JUGEND BEUNRUHIGT UND MOBILISIERT

Die Hauptanliegen sind Drogenkonsum (64%), Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnder Zugang zu Grundrechten (55%) sowie organisierte Kriminalität und Drogenhandel (50%). Im Bereich der öffentlichen Politik steht die Beschäftigung (60%) an erster Stelle der Prioritäten, gefolgt von sozialer Wohlfahrt

(43%) –darunter fallen Bildung, Gesundheit und soziale Leistungen– und öffentliche Sicherheit (38%).

Frauen legen mehr Wert auf Beschäftigungs- und Sozialpolitik als Männer, während die soziale Sicherheit vor allem bei jungen Menschen zwischen 27 und 35 Jahren und bei denen, die sich als katholisch bezeichnen, eine wichtige Rolle spielt.

DISTANZ ZUR PARTEI, ABER NICHT ZUR ÖFFENTLICHEN SPHÄRE

46% der Jugendlichen geben an, wenig oder gar kein Interesse an Politik zu haben, und nur 17% zeigen ein hohes Interesse in diesen Bereich. Diese Distanz deutet jedoch nicht auf Apathie: Viele junge Menschen engagieren sich in sozialen und gemeinschaftlichen Belangen außerhalb von Parteien. Die politische Beteiligung konzentriert sich auf traditionelle Aktivitäten wie Unterstützung von Wahlkampagnen, Überzeugung anderer zur Wahlteilnahme oder Verbreitung von Parteibotschaften in sozialen Netzwerken. Obwohl die Digitalisierung neue Kanäle der Meinungsäußerung eröffnete, hat sie keinen bedeutenden Wandel hin zu alternativen Formen des Aktivismus bewirkt. Interessanterweise ist die Beteiligung unter jungen Menschen, die dem demokratischen System kritisch gegenüberstehen, am höchsten, was darauf hindeutet, dass der oppositionelle Diskurs in den sozialen Netzwerken das Interesse enttäuschter Bevölkerungsgruppen

weckt. Unter den nicht parteipolitischen Formen der Beteiligung stehen vor allem religiöse Organisationen und Sportvereine, mit einer Beteiligung von jeweils über 15%.

SOZIALE NETZWERKE: WICHTIGSTE INFORMATIONSQUELLE, ABER MIT PASSIVER BETEILIGUNG

Soziale Netzwerke sind für 68% der costaricanischen Jugendlichen der wichtigste Informationskanal, gefolgt vom Fernsehen (41%), *WhatsApp* (28%) und *YouTube* (20%).

Frauen nutzen soziale Netzwerke häufiger (73% vs 63%), während Männer das Fernsehen bevorzugen (45% vs 38%). Allerdings bleibt die Mehrheit passiv in den sozialen Medien: Vor allem *Likes* oder das Teilen von Memes stehen im Vordergrund, während aktivere Initiativen wie das Schreiben von Blogs oder das Erstellen von Kampagnen eher selten sind. Nur eine Minderheit produziert eigene politische Inhalte. Frauen engagieren sich stärker für Themen wie Feminismus, sexuelle Rechte und Antirassismus. Diese geringe aktive Beteiligung setzt junge Menschen algorithmischen Blasen aus, die polarisierende Botschaften verstärken und gewalttätige oder desinformative Diskurse normalisieren. Dies stellt ein Risiko für die demokratische Kultur dar, insbesondere angesichts der Schwächung der politischen Bildung und der kritischen Bildung.

Die costa-ricanische Jugend sieht sich mit einem fragmentierten politischen Umfeld, anhaltenden Ungleichheiten und geringem Vertrauen in die Institutionen konfrontiert, aber sie ist keine apathische Generation. Sie ist in ihren Gemeinden, in den sozialen Netzwerken und in neuen Formen des alltäglichen Aktivismus präsent, die das Soziale und das Politische aus horizontaleren, vielfältigeren und disruptiveren Blickwinkeln miteinander verbinden.

Die Studie zeigt eine klare Bereitschaft, sich zu engagieren, insbesondere in überparteilichen Bereichen, die mit ihren tatsächlichen Interessen verbunden sind. Die Jugend ist kein Zuschauer, sondern Protagonist beim Aufbau der Demokratie.

Laden Sie den
**VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT** auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.
COM/WP-CONTENT/
UPLOADS/2025/04/21992.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/04/21992.pdf)

ECUADOR



POLITISCHE BETEILIGUNG DER JUGEND IN ECUADOR: ZWISCHEN ANGST, PREKARITÄT UND UNGLEICHHEITEN

Franklin Ramírez Gallegos

Mehr als sechs Millionen junge Ecuadorianer im Alter zwischen 15 und 35 Jahren –ein Drittel der Bevölkerung– sehen sich mit prekären Lebensbedingungen, Unsicherheit und Ausgrenzung konfrontiert. Dies schränkt ihre politische Beteiligung ein. Der Bericht zeichnet ein komplexes Bild: Sechs von zehn Arbeitslosen sind junge Menschen, und jeder Vierte bildet sich nicht weiter, noch arbeitet er. Die Untersuchung offenbart ein zentrales Paradoxon: Obwohl junge Menschen die Demokratie weitgehend unterstützen und sich mit progressiven Anliegen identifizieren, wächst angesichts von Angst und Gewalt auch die Akzeptanz autoritärer Lösungen. Abseits von den traditionellen Parteien erfinden die neuen Generationen ihr politisches Handeln durch digitalen Aktivismus und horizontalere Formen der Vereinigung neu. Dennoch bestimmen weiterhin Ungleichheiten in Bezug auf Klasse, Geschlecht und Bildung darüber, wer sich beteiligen kann und wer aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen bleibt.

IN ECUADOR NAHMEN 2 004
JUNGE MENSCHEN AN DER
STUDIE TEIL.



MULTIPLE KRISE, UNRUHE UND ANGST

Ecuador befindet sich in einer strukturellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise. In weniger als einem Jahrzehnt haben 3 Regierungen –Lenín Moreno, Guillermo Lasso und Daniel Noboa– die Rolle des Staates reduziert, während die Gewalt ein beispielloses Ausmaß erreicht hat. Zwischen 2021 und 2025 wurden über 25.000 Morde registriert, und 2023 wurde Ecuador mit einer Mordrate von 47,2 pro 100.000 Einwohner zum gewalttätigsten der Region. Im Januar 2024 erklärte Präsident Noboa einen „internen bewaffneten Konflikt“, wodurch eine militarisierte Sicherheitspolitik und ein quasi permanenter Ausnahmezustand festgeschrieben wurden. Die Krise macht sich auch in den Bereichen Arbeit und Bildung bemerkbar. Laut dem „Nationalen Institut für Statistik und Volkszählung“ (INEC) lag die Informalität bei 55,2%, die angemessene Beschäftigung bei 34,1% und die Unterbeschäftigung bei 23,2%. Die Einkommensarmut erreichte 28% und die extreme Armut 12,7%. Die Zahl der Schulanmeldungen sank auf 4,1 Millionen Schüler, den niedrigsten Stand seit 2019. Dadurch wurden etwa 450.000 junge Menschen, insbesondere in benachteiligten Provinzen wie Esmeraldas, aus dem System ausgeschlossen.

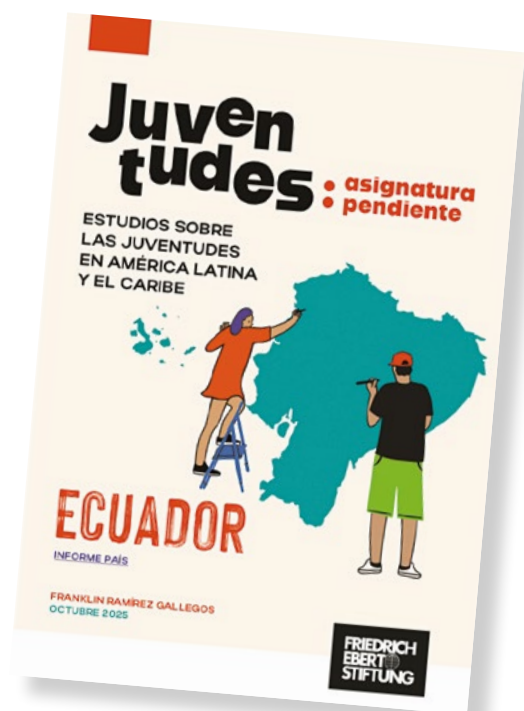
Als die Jugendlichen nach den Hauptproblemen des Landes gefragt wurden, nannten sie organisierte Kriminalität und Drogenhandel (53%), Unsicherheit (49%), Drogenkonsum (44%) und Korruption (31%). Über die Hälfte der Befragten, nämlich 57%, möchte auswandern, davon 60% aus wirtschaftlichen Gründen, 51% wegen Arbeitslosigkeit und 35% aus Angst vor Gewalt. Die Unzufriedenheit ist weit verbreitet: 66% sind mit der Lage des Landes unzufrieden und 52% mit ihrer wirtschaftlichen Situation. Die Angst hat auch das öffentliche Leben verändert: Vier von zehn Jugendlichen gehen nicht mehr auf Partys oder kulturelle Veranstaltungen, fünf von zehn nutzen weniger öffentliche Verkehrsmittel und 23% nehmen nicht mehr an Demonstrationen

teil. Dennoch überwiegt unter Jugendlichen die Hoffnung: 86% glauben, dass sich ihr Leben in den nächsten 5 Jahren verbessern wird.

JUGENDBESCHÄFTIGUNG UND BILDUNG: ZWISCHEN PREKARITÄT UND UNGLEICHHEITEN

Im Jahr 2024 hatten lediglich 31,8% der jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren Zugang zu einer angemessenen Beschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit lag bei 9,2% und war damit doppelt so hoch wie der nationale Durchschnitt. Nach der Pandemie verschärfte sich die ohnehin prekäre Beschäftigungslage weiter und die geschlechtsspezifischen Unterschiede vergrößerten sich: Während der Anteil angemessener Beschäftigung bei Männern auf 35,5% stieg, waren es bei Frauen nur 26,2%. Darüber hinaus stieg die Arbeitslosigkeit von Frauen von 10,9% im Jahr 2023 auf 12,8% im Jahr 2024 (ENEMDU, 2025).

Laut der Umfrage „Juventudes: Asignatura Pendiente“ verfügen nur 15% der Jugendlichen



zwischen 18 und 35 Jahren über eine stabile Beschäftigung, und unter den Erwerbstätigen erhalten lediglich 38% alle gesetzlich vorgesehenen Sozialleistungen. Die Beschäftigungsformen sind überwiegend instabil: Unter den Erwerbstätigen dominieren Teilzeitstellen (19%), stundenweise Arbeit (10%), gelegentliche oder Online-Tätigkeiten (4%) sowie Arbeit über digitale Plattformen (1%).

Die Unterschiede im Bildungsbereich sind groß. Nur 24% der 18- bis 35-Jährigen haben Zugang zu höherer Bildung, und die soziale Herkunft bestimmt die Chancen: Nur 5% der Jugendlichen aus unteren Schichten schließen ein Studium ab, gegenüber 17% aus der Mittelschicht und 32% aus der Oberschicht. Für zwei Drittel der unteren und mittleren Schichten ist die Sekundarstufe die höchste Bildungsstufe. 11% der Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien schließen diese Schulbildung nicht ab. Bei geringer Schulbildung steigt die Arbeitslosigkeit auf 62%, während sie bei Hochschulabsolventen auf 44% sinkt und 28% eine feste Anstellung finden. Ein Studium öffnet Türen, aber ohne politische Maßnahmen, die Bildung und Produktion miteinander verbinden, kann ein Abschluss allein den Kreislauf der Prekarität nicht durchbrechen.

DEMOKRATIE UND AUTORITARISMUS: ZWISCHEN GEWALT UND DER SUCHE NACH ORDNUNG

Die Welle der Gewalt und das damit einhergehende Gefühl der Unsicherheit haben eine Forderung nach Ordnung ausgelöst, die sich in einer größeren Toleranz gegenüber autoritären Lösungen niederschlägt. So würden 62% der Jugendlichen im Krisenfall ein Militärregime unterstützen, und fast die Hälfte würde unter bestimmten Umständen ein autoritäres Regime akzeptieren, während nur 36% dies ablehnen. Drei Viertel glauben, dass ein starker Führer Probleme besser lösen würde als Parteien oder Institutionen. Dennoch bleiben die demokratischen Grundlagen bestehen: 66% be-

vorzugen die Demokratie gegenüber jeder anderen Regierungsform und 65% vertrauen auf Wahlen, als Instrument des Wandels. Die Zufriedenheit mit dem System ist mit 48% nur mäßig und 46% geben an, dass es ihnen egal ist, ob sie in einer Demokratie leben oder nicht. Diese Ambivalenz offenbart eine Generation, die das demokratische Ideal zwar schätzt, aber dem aktuellen System nicht zutraut, Ihnen im Krisenfall Schutz zu bieten.

INSTITUTIONELLES MISSTRAUEN UND SUBJEKTIVES WOHLBEFINDEN

Das Vertrauen der Jugendlichen in die Institutionen ist in fast allen Bereichen gering. Eine Ausnahme bilden die Streitkräfte, die im aktuellen Kontext des „internen Krieges“ eine Zustimmungsrate von 54% erreichen. Die Glaubwürdigkeit des übrigen politischen Systems ist minimal: Nur 13% vertrauen den sozialen Bewegungen, 8% den Gewerkschaften und 10% den politischen Parteien. Auf staatlicher Ebene äußern 24% Vertrauen in die Zentralregierung, 12% in die lokalen Regierungen, 14% in die Justiz und 11% in das Parlament. Die Universitäten sind eine der wenigen Institutionen, die positiv bewertet werden (32%). Auf persönlicher Ebene ist die Familie nach wie vor die wichtigste emotionale Stütze: 66% der Befragten geben an, mit ihrem Familienleben zufrieden zu sein, und 44% mit ihrem Freundeskreis. Dieses persönliche Wohlbefinden kann den Verlust des Vertrauens in das Kollektive jedoch nicht ausgleichen.

POLITISCHES INTERESSE UND BETEILIGUNG: EINE GENERATION, DIE DISKUTIERT, ABER ANGST HAT, SICH ZU ENGAGIEREN

Das politische Interesse ist zwiegespalten: 45% zeigen wenig oder gar kein Interesse, während sich 20% als sehr interessiert bezeichnen. Gespräche über Politik finden vor allem in vertrauten Kreisen statt: 56% sprechen mit ihrer Familie und 45% mit Freunden darüber. Im Gegensatz dazu leeren sich

die öffentlichen Räume für politische Beteiligung. Obwohl 86% der 18- bis 35-Jährigen bei den Wahlen 2023 gewählt haben, haben sich nur 9% jemals einer politischen Partei angeschlossen. Proteste werden durch Angst unterdrückt: Nur 8% haben im letzten Jahr an Demonstrationen teilgenommen. Unter denjenigen, die dies nicht getan haben, überwiegen die Angst vor Repressionen, Zeitmangel oder die Vorstellung, dass „es nichts bringt“. Dagegen gewinnt der digitale Raum, als Mittel des politischen Ausdrucks, an Bedeutung. Zwei von zehn Jugendlichen unterstützten Kampagnen in sozialen Netzwerken, und 16% der Befragten gaben an, sich dort zu politischen Themen zu äußern. Facebook ist die wichtigste Quelle für politische Informationen (23%). Obwohl sich die Hälfte der Jugendlichen nicht öffentlich zu politischen Themen äußert, gaben viele an, dies in Zukunft tun zu wollen.

BETEILIGUNG IN VEREINEN UND MOBILISIERENDE ANLIEGEN

Die organisierte Beteiligung ist nach wie vor gering, aber nicht inexistent. 12% der Befragten engagieren sich in sozialen Organisationen. Die Orte mit der größten Beteiligung sind Sportvereine (18%) und religiöse Einrichtungen (12%). Nachbarschafts-, Studenten- und Kulturvereine kommen dagegen nicht über 5% hinaus. Die Themen, die in den sozialen Netzwerken am meisten mobilisieren, sind der Schutz der Umwelt und der Territorien (20%), die Rechte der Jugendlichen (15%) sowie die Agenda von Leben und Familie (14%), gefolgt von Feminismen (10%) und den Rechten von Afro- und Schwarzen Menschen sowie antirassistischen Bewegungen (8%).

IDEOLOGIE UND WERTE: EIN DURCH UNGLEICHHEIT EINGESCHRÄNKTER PROGRESSISMUS

Auf der ideologischen Landkarte der Jugendlichen dominiert die Mitte-Links-Position mit 47%, während die Mitte-Rechts-Position nur 30% erreicht. Insgesamt positionieren sich 56% auf der linken Seite und 44% auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Frauen und einkommensschwache Bevölkerungsschichten neigen eher zu progressiven Positionen.

85% der jungen Menschen befürworten kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung, und 72% unterstützen die höhere Besteuerung der Reichen. Umweltschutz ist für 85% eine Priorität. Die paritätische Demokratie wird von 68% unterstützt, die Autonomie der indigenen Bevölkerung von 77% und die Gleichberechtigung von Migranten von 56%. In Bezug auf LGBTIQ+-Rechte befürworten 74% die Freiheit der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, 65% den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Transgender und 60% die gleichgeschlechtliche Ehe. Dennoch bestehen weiterhin konservative Ansichten: 54% sind der Meinung, dass Frauen besser für Pflegeberufe geeignet sind, 41% finden Komplimente auf der Straße in Ordnung und 39% sind der Ansicht, dass Mutterschaft mehr Erfüllung bringt als andere Optionen. Diese Spannungen zeigen einen fortschreitenden Progressismus, der jedoch noch immer von Geschlechterstereotypen und traditionellen Werten geprägt ist.

Es handelt sich bei den heutigen Jugendlichen nicht um eine apathische Generation, sondern um eine, die nach anderen Formen der Einflussnahme sucht: horizontaler, digitaler und gemeinschaftlicher. Die Herausforderung besteht darin, sichere und reale Räume für ihre Beteiligung zu schaffen und eine generationenübergreifende, partizipative sowie lokal verankerte öffentliche Politiken zu gewährleisten. Die ecuadorianische Jugend ist kein Zuschauer. Ihren Stimmen Gehör zu schenken und auf ihre Forderungen einzugehen wird für die demokratische Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung sein.

Laden Sie den
**VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch**
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/10/22413.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/10/22413.pdf)

HONDURAS



DIE HONDURANISCHE JUGEND: ZWISCHEN UNZUFRIEDENHEIT MIT DER GEGENWART UND HOFFNUNG IN DIE ZUKUNFT

Elías A. Villalta Rodas

Die Studie "Situation der politischen Beteiligung und Meinung der Jugend in Honduras" zeichnet ein Bild der politischen Einstellung junger Menschen. Obwohl sie von der Demokratie und dem Kurs des Landes enttäuscht sind, betrachten junge Menschen in Honduras die Wahlen immer noch als eine Möglichkeit, ihre Situation zu verändern. Sie sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Zukunft viel besser sein kann. Abseits traditioneller ideologischer Etiketten legen sie Wert auf Themen wie soziale Gerechtigkeit und Umwelt. Der Bericht untersucht ihr Verhalten zu organisierten politischen Beteiligungsräumen und öffnet damit ein Fenster zu dem komplexen Universum aus Hoffnungen, Forderungen und Frustrationen.

IN HONDURAS NAHMEN 1 100 JUNGE MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.



LEBENSBEDINGUNGEN DER JUGENDLICHEN IN HONDURAS

Obwohl 52% der Jugendlichen mit ihrem persönlichen Leben zufrieden sind, konfrontiert sie die Realität des Landes mit harten Tatsachen: 68% sind mit der nationalen Lage unzufrieden und 62% mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation. Eine der Hauptursachen dafür ist die prekäre Arbeitssituation. Nur 20% der Jugendlichen zwischen 18 und 35 Jahren haben einen festen Arbeitsplatz und 21% eine befristete Anstellung; die Hälfte der jungen Bevölkerung ist nicht erwerbstätig und auf der Suche nach Arbeit.

Eine weitere wichtige Zahl erklärt sich durch diesen Mangel an Chancen: 51% der honduranischen Jugendlichen möchten auswandern, vor allem aufgrund der Wirtschaftskrise (72%) und der Arbeitslosigkeit (49%). Dennoch bleibt der Optimismus bestehen: 40% glauben, dass ihre Zukunft viel besser sein wird als jetzt, und weitere 41% glauben, sie sei jetzt schon besser.

Im Bildungsbereich sind über die Hälfte (54%) mit ihrer Ausbildung zufrieden. Allerdings besuchen nur 12% der 18- bis 35-Jährigen eine Hochschule, was ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz und ihre berufliche Entwicklung einschränkt.

SICHTWEISE DER DEMOKRATIE, VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN UND INTERESSE AN POLITIK

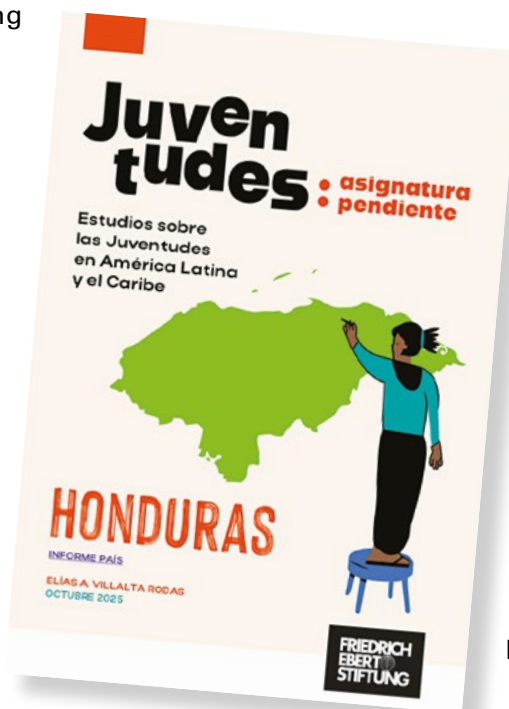
Die Demokratie wird zwar weiterhin als die beste Regierungsform angesehen, allerdings nicht ohne Einschränkungen. Nur 2% geben an, mit ihrer Funktionsweise sehr zufrieden zu sein, und 26% sind überhaupt nicht zufrieden. 74%

bevorzugen starke Führungspersönlichkeiten gegenüber Parteien und Institutionen zur Lösung von Problemen, und die Hälfte ist der Meinung, dass Demokratie auch ohne politische Parteien funktionieren könnte.

Auch das Misstrauen gegenüber Institutionen wiegt ebenfalls schwer: Politische Parteien (58%) und die Präsidentschaft mit ihrem Kabinett (50%) stoßen auf die größte Ablehnung. Im Gegensatz dazu genießen Universitäten (39%) und Kirche (40%) das Vertrauen der Jugendlichen. Vielleicht tauchen politische Themen deshalb selten in ihren Gesprächen auf. 41% geben an, selten über Politik zu sprechen, und 19% tun dies nie, hauptsächlich weil sie sich nicht dafür für Politik interessieren, sie nicht verstehen oder sie als konfliktbehaftet empfinden.

Unter denen, die über politische Themen diskutieren, sind die bevorzugten Orte dafür die Familie (53%) und Freundeskreise (43%). In geringerem Maße diskutieren sie am Arbeitsplatz (21%) oder mit ihren Partnern (11%) über politische Themen. Da die meisten jungen Menschen nicht politisch organisiert sind, machen Parteien, Gewerkschaften oder andere Formen der kollektiven Organisation nur 6% der Orte des politischen Austauschs aus, soziale Netzwerke und digitale Foren erreichen 4%.

Diese Daten zeigen, dass es zwar Gesprächsräume gibt, politische Diskussionen unter Jugendlichen jedoch überwiegend in geschlossenen und homogenen Umgebungen stattfinden. Dort unterhält man sich mit Gleichgesinnten und vermeidet Konfrontationen oder den Austausch von Ideen. In diesem Sinne wird Politik tendenziell als privates Thema behandelt, das auf Vertrauenskreise beschränkt ist und nicht zur öffentlichen Debatte steht.



POSITIONIERUNG ZU POLITISCHEN THEMEN

Wenn es um öffentliche Politik geht, vertreten honduranische Jugendliche klare Positionen. 53% stimmen voll und ganz zu und 34% stimmen zu, dass der Staat eine kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung und Gesundheitsversorgung gewährleisten sollte. Gleichzeitig stimmen 45% voll und ganz zu und 39% stimmen zu, dass der Schutz der Umwelt für Regierungen Priorität haben sollte.

Allerdings wird diese Aussage vom schwachen Vertrauen in die Kompetenz staatlicher Institutionen kontrastiert: Junge Menschen sind überwiegend der Meinung, dass öffentliche Dienstleistungen und strategische Unternehmen wie Öl, Telekommunikation oder Strom eine bessere Qualität haben, wenn sie vom Privatsektor verwaltet werden. Diese Auffassung wird von jungen Menschen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung geteilt: Mitte (58%), rechts (64%) und sogar links (53%).

Dies deutet darauf hin, dass ideologische Positionen die Meinungen zu wirtschaftlichen Themen oder zur öffentlichen Verwaltung nicht eindeutig bestimmen und dass es eine allgemeine Tendenz zu ambivalenten Positionen gegenüber der Rolle des Staates und des Marktes gibt.

Obwohl es Meinungsverschiedenheiten zu Themen wie Abtreibung, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder den Rechten von LGBTIQ+ gibt, herrscht im Allgemeinen eine breite Unterstützung für die Ausweitung der Grundrechte. Was das Thema Gewerkschaften

und Arbeitnehmerrechte angeht, geben 33% der Befragten an, dass sie mehr Informationen benötigen. Eine der größten Herausforderungen für Gewerkschaften ist es daher, Räume für junge Menschen zu schaffen (23%) und aufzuklären, wie man einer Gewerkschaft beitreten kann (23%).

BETEILIGUNG AN ORGANISATIONEN UND MOBILISIERUNGEN

Die Hälfte der Jugendlichen hat sich im letzten Jahr nicht in Organisationen engagiert (46%). Von denjenigen, die sich engagierten, waren 28% in religiösen Einrichtungen, 13% in Sportvereinen und 7% in Freiwilligenorganisationen aktiv. Als Hauptgründe, sich nicht zu engagieren, wurden genannt, dass man nichts dafür zurückbekommt (38%) oder keine Bereiche findet, die einen interessieren (32%).

Was die soziale Mobilisierung betrifft, so haben 85% im letzten Jahr nicht an Demonstrationen oder Protestmärschen teilgenommen. Unter denen, die dies taten (10%), gaben die meisten an, dass sie die Realität des Landes verändern (48%) und zur Lösung von Problemen beizutragen (35%) wollten.

NUTZUNG SOZIALER NETZWERKE UND DIGITALER AKTIVISMUS

Soziale Netzwerke haben sich als wichtigstes Informationsmedium etabliert (62%), gefolgt vom Fernsehen (45%). Fast die Hälfte (44%) hat sich in den letzten 6 Monaten auf digitalen Plattformen zu Wort gemeldet, vor allem zu Themen wie Familie, Jugendrechte und Umwelt.

Die Daten zeigen, dass die honduranische Jugend trotz prekärer Lebensbedingungen, Ausgrenzung und institutionellem Misstrauen weiterhin optimistisch in die Zukunft blickt. Sie fordert menschenwürdige Arbeitsplätze, Zugang zu hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung sowie eine Politik, die das Gemeinwohl und den Umweltschutz in den Vordergrund stellt. Die Botschaft ist klar: Jugendliche brauchen echte Chancen, um die Zukunft aufzubauen, die sie sich vorstellen.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/12/INFORME-FINAL-HN_JOVENES-EN-HONDURAS-ENTRE-LA-DEMOCRACIA-Y-EL-AUTORITARISMO-04-12.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/12/informe-final-hn_jovenes-en-honduras-entre-la-democracia-y-el-autoritarismo-04-12.pdf)

MEXIKO



JUGEND UND POLITIK IN MEXIKO: ZWISCHEN INFORMATION UND POLITISCHER PARTIZIPATION

**Mariana Licea Becerril,
Luis Martín Sosa Sosa**

In einem von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Spannungen geprägten Land porträtiert die Studie die Jugend als eine Generation, die Demokratie schätzt, aber an ihren Vertretern zweifelt. Jungen Menschen finden persönliche Zufriedenheit, erleben aber kollektive Frustration. Obwohl sie sich kaum an Wahlen beteiligen, haben sie im digitalen Bereich und im Alltag neue Formen der Politikgestaltung gefunden.

IN MEXIKO NAHMEN 2001 JUNGE
MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.

VIelfalt, Ungleichheit und Resilienz in einer Generation, die ihren Platz sucht

Die mexikanische Jugend macht 32% der Bevölkerung aus und spiegelt die Vielfalt des Landes wider (INEGI, 2020): Einige sind in der „verlorenen Dekade“ der wirtschaftlichen Anpassung aufgewachsen, andere wurden mitten im „Krieg gegen die Drogen“ geboren. Trotz unterschiedlicher Lebenswege stehen sie vor gemeinsamen

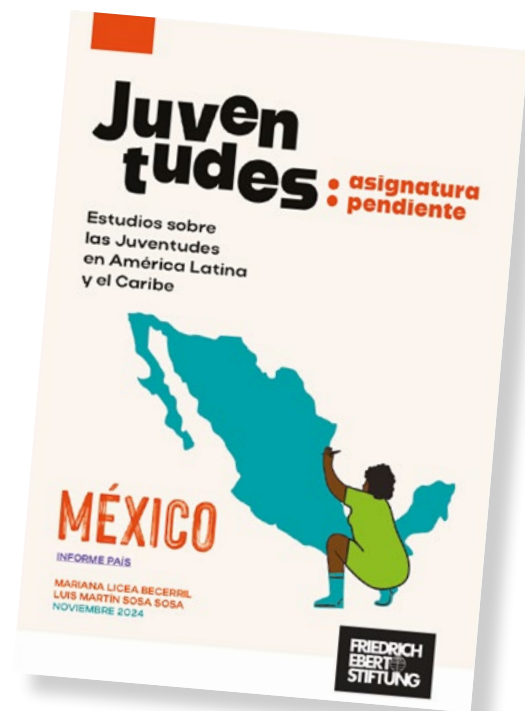


Herausforderungen: prekäre Arbeitsverhältnisse, Gewalt und strukturelle Ungleichheit.

In sozialer Hinsicht ist die Familie nach wie vor der Mittelpunkt des Alltags von Jugendlichen: 33% leben bei ihren Eltern und 29% mit ihrem Partner. Gespräche über Politik finden, wenn überhaupt, eher zu Hause als in sozialen Netzwerken statt. Letztere sind jedoch die Hauptinformationsquelle junger Menschen: 62% geben an, sich auf diesem Wege über politische Themen und aktuelle Ereignisse zu informieren. Politik taucht für viele eher beiläufig zwischen Memes, Unterhaltung und digitalem Konsum auf.

Auf persönlicher Ebene geben sechs von zehn Befragten an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein, insbesondere diejenigen, die einen festen Arbeitsplatz, eine höhere Bildung oder ein höheres Einkommen haben. Nur zwei von zehn sind mit der Lage des Landes zufrieden. Unter den Jugendlichen im Alter von 18 bis 35 Jahren bestehen weiterhin erhebliche Bildungs- und Beschäftigungslücken: Nur 12% der unteren sozialen Schichten haben Zugang zur Universität, gegenüber 49% der oberen Schichten. Auch im Beschäftigungsbereich wiegt die Ungleichheit schwer: Ein Drittel findet keine Arbeit, und 15% der Erwerbstätigen verfügen über keine Sozialleistungen.

Die größten Sorgen sind Unsicherheit, organisierte Kriminalität und Drogenhandel, gefolgt von Armut, Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum, Korruption und geschlechtsspezifischer Gewalt. Frauen bewerten Unsicherheit und Armut als Hauptprobleme, während Männer Korruption stärker hervorheben. Fast die Hälfte hat darüber nachgedacht, innerhalb des Landes umzusiedeln und vier von zehn Befragten erwägen, ins Ausland zu ziehen. Die Privilegierteren suchen „neue Erfahrungen“, die Benachteiligten wollen der Krise und der Arbeitslosigkeit entfliehen.



DIE MEXIKANISCHE JUGEND SCHWANKT ZWISCHEN ENTtäUSCHUNG UND DER SUCHE NACH WIRKSAMEN LÖSUNGEN

Die mexikanische Jugend hat ein ambivalentes Verhältnis zur Politik. Obwohl 70% der Befragten angeben, dass Demokratie jeder anderen Regierungsform vorzuziehen ist, zweifeln viele an ihren Mechanismen und Ergebnissen. Fast ein Drittel glaubt nicht, dass Wahlen dazu beitragen können, das Land zu verändern, was eine Vertrauenskrise gegenüber den Institutionen widerspiegelt.

Entscheidend für die politische Haltung ist das Gefühl der Repräsentation: Unter denjenigen, die das Gefühl haben, dass ihre Probleme in der nationalen Politik gut widerspiegelt werden (21%), steigt das Interesse an politischer Teilnahme um fast 30 Punkte gegenüber denen, die sich nicht repräsentiert fühlen. Im Gegensatz dazu fördert Entfremdung autoritäre Haltungen: 68% der Befragten sind der Meinung, dass ein „starker Führer“ die Probleme des Landes besser lösen würde, und 45% wären bereit, in Krisenzeiten eine Militärregierung zu ak-

zeptieren. Dennoch bleiben Wahlen das stärkste Bindeglied zwischen Jugend und Demokratie – ein Instrument, um Veränderungen zu fordern und die nationale Richtung zu bestimmen.

Auf ideologischer Ebene dominiert die Mitte (53%), gefolgt von der Rechten (32%) und der Linken (15%). Obwohl es eine breite Unterstützung für progressive Anliegen wie Geschlechtergleichheit, Umweltschutz oder Arbeitsrechte gibt, besteht weiterhin Widerstand gegen Abtreibung oder die Veränderung der Rollen in der Sorgearbeit. Insgesamt zeichnet die Umfrage das Bild einer kritischen und pragmatischen Generation, die Ergebnisse statt Reden fordert.

POLITIK WIRD ONLINE DISKUTIERT, ABER AUF DER STRASSE WENIG GELEBT

Die mexikanische Jugend informiert sich vor allem über Bildschirme: 62% beziehen ihre Nachrichten aus sozialen Netzwerken, 21% aus *WhatsApp*, wo Kettenbriefe und Gruppen weit verbreitet sind. Die traditionellen Medien haben an Bedeutung verlo-

ren: 43% sehen fern, 17% lesen digitale Zeitungen, 10% hören Radio und nur 4% lesen gedruckte Zeitungen. Obwohl das digitale Umfeld Vielfalt und Unmittelbarkeit bietet, hegt die Hälfte der Befragten auch Misstrauen gegenüber *Influencern* und *YouTubern* – wegen Desinformation und der Verbreitung von *Fake News*.

Die „Hyperkonnektivität“ führt jedoch nicht unbedingt zu politischem Handeln: Nur knapp ein Drittel zeigt Interesse an traditioneller Politik, lediglich 12% haben im letzten Jahr an Protestmärschen teilgenommen und 55% gehören keiner Organisation an. Politische Gespräche finden hauptsächlich zu Hause (60%) statt, nur 8% führen diese Gespräche in sozialen Netzwerken.

Dennoch hat sich der digitale Raum zu einer neuen politischen Arena entwickelt. 40% nutzen *Likes*, um ihre Unterstützung zu zeigen, 30% suchen nach Informationen, um ihre Positionen zu untermauern, und 32% teilen Memes. Diese Memes dienen neben Humor auch als Mittel des politischen und kulturellen Ausdrucks, obwohl nur 11% sie produzieren.

Die mexikanische Jugend hat sich nicht von der Politik abgewendet. Sie hinterfragt sie, überdenkt sie neu und versucht, sie zu verändern. Sie fordert horizontalere, bürgernahe und inklusivere Formen der Teilhabe, bei denen ihre Stimme bei Entscheidungen wirklich Gewicht hat. Obwohl sie die Demokratie als Ideal beibehält, empfindet sie diese als fern und wenig empfänglich für ihre Forderungen. Die Herausforderung besteht darin, die Politik näher an die Wirklichkeit der Jugendlichen heranzuführen, die politische Bildung zu stärken und Kanäle zu öffnen, über die sich die Jugend ohne Angst und in ihrem Sinne beteiligen kann. Die mexikanische Jugend ist keine gleichgültige Generation, sondern eine Generation, die denkt, diskutiert und handelt und einen legitimen Platz beim Aufbau der demokratischen Zukunft des Landes einfordert.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/10/JAP_MEXICO.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/10/JAP_MEXICO.PDF)

PANAMA



WEDER GLEICHGÜLTIG NOCH KONFORMISTISCH: DIE JUGEND PANAMAS VOR DER HERAUSFORDERUNG DER DEMOKRATIE

Mónica Patricia Romero Zapata

Wie denken junge Menschen in Panama über Politik und wie beteiligen sie sich daran? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Studie „Politische Beteiligung junger Menschen in Panama im aktuellen Kontext“. Der Bericht untersucht die Wahrnehmung, Erfahrungen und Herausforderungen junger Menschen in Bezug auf Demokratie, Institutionen, Bildung, Beschäftigung und neue Formen der Beteiligung – sowohl präsentell als auch digital.

Die Studie kombiniert Daten und Analysen mit einem Schwerpunkt auf Klassenzugehörigkeit, Geschlecht und Alter. Sie liefert Ansatzpunkte für die Stärkung der Jugendvertretung in Parteien, Gewerkschaften und öffentlichen Entscheidungsgremien.

IN PANAMA NAHMEN 1 109
JUNGE MENSCHEN AN DER
STUDIE TEIL.



VIELFÄLTIGE JUGEND ZWISCHEN UNABHÄNGIGKEIT UND PREKARITÄT

Die Jugend Panamas lebt unter heterogenen Umständen, die ihre Bestrebungen und ihre Art, sich in die Gesellschaft einzubringen, prägen. Laut dieser Studie leben 45% mit anderen Personen als ihren Eltern oder ihrem Partner zusammen. Dies deutet auf ein größeres Netzwerk an Fürsorge und Unterstützung hin als in der traditionellen Kernfamilie. Mit dem Alter nimmt die Unabhängigkeit zu: Während noch 70% der 15- bis 17-Jährigen noch bei ihren Eltern leben, sind es in der Gruppe der 27- bis 35-Jährigen nur noch 14%.

Autonomie garantiert jedoch keine Stabilität: Nur 32% der jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren haben einen Arbeitsplatz und von diesen haben wiederum nur 54,7% Zugang zu Arbeitsplätzen mit allen gesetzlichen Leistungen. Informalität, Befristung und mangelnde Chancen stellen weiterhin strukturelle Hindernisse für ihren Übergang ins Erwachsenenalter dar.

Im Bildungsbereich sind die Daten ermutigender. 70,5% der Befragten geben an, mit der Qualität ihrer Ausbildung zufrieden oder sehr zufrieden zu sein, obwohl weiterhin Unterschiede zwischen den Geschlechtern und beim Zugang zu höherer Bildung bestehen. Junge Frauen zwischen 18 und 35 Jahren haben ein höheres Bildungsniveau als Männer. Über 70% von ihnen hat ihre Ausbildung an öffentlichen Einrichtungen absolviert, was die Bedeutung des staatlichen Systems unterstreicht.

Trotz aller Schwierigkeiten überwiegt eine hoffnungsvolle Sichtweise: 84% der Jugendlichen glauben, dass ihr Leben in den nächsten 5 Jahren besser oder viel besser sein wird. Dennoch sind die unmittelbaren Probleme klar: Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnder Zugang zu Grundrechten (66%) stehen ganz oben auf der Liste der Sorgen, gefolgt von Korruption (55%) und Drogenkonsum (35,8%). Nur 32,4% der Befragten sind der Meinung, dass diese Themen in der öffentlichen Agenda für jun-

ge Menschen ausreichend berücksichtigt werden. Als dringende Herausforderungen nennen sie menschenwürdige Arbeitsplätze, soziale Wohlfahrt und öffentliche Sicherheit.

DEMOKRATIE GESCHÄTZT, INSTITUTIONEN IN DER KRISE

Obwohl die Mehrheit der panamaischen Jugendlichen die Demokratie schätzt, ist das Vertrauen in ihre Institutionen stark erschüttert. 64,1% der Befragten erachten Demokratie als die beste aller Regierungsformen, aber die Enttäuschung über die demokratischen Vertreter ist offensichtlich.

Die politischen Parteien werden am schlechtesten bewertet (61% Misstrauen), gefolgt von der Exekutive (59,3%), Legislative (52%) und Judikative (35,7%). Auch die lokalen Regierungen (50,1%) und die Gewerkschaften (43,5%) können diese Wahrnehmung nicht umkehren. Im Gegensatz dazu genießen Universitäten (37,5%) und religiöse Organisationen (32%) das höchste Vertrauen, auch wenn diese Werte im Vergleich immer noch gering sind.



Die Enttäuschung ist keine Apathie. Sie spiegelt eine Überdrüssigkeit gegenüber Korruption, mangelnder Reaktionsfähigkeit und institutioneller Intransparenz wider – Faktoren, die nach Ansicht junger Menschen die Legitimität des demokratischen Systems untergraben.

TEILNEHMEN, ABER NACH ANDEREN REGELN

Trotz der kritischen Lage sind junge Menschen in Panama nicht von der Politik abgekoppelt, sondern engagieren sich auf andere Weise. Nur 15,6% geben an, sehr oder ziemlich an Politik interessiert zu sein. 24% sagen, dass sie überhaupt kein Interesse daran haben. Diese Distanz bedeutet jedoch keine Gleichgültigkeit. Politische Gespräche finden im Alltag statt, vor allem im Familienkreis (56%), unter Freundinnen und Freunden (45%) und mit der Partnerin oder dem Partner (15%).

Auf institutioneller Ebene geben die Zahlen Anlass zur Sorge um die Demokratie. So halten 69,6% der Befragten die Figur eines „starken Führers“ für realisierbar und 54,3% würden einer Demokratie ohne Parteien zustimmen. Darüber hinaus rechtfertigen 34,2% unter bestimmten Bedingungen eine autoritäre Regierung, während sich 35,1% gegenüber der Art des politischen Systems gleichgültig zeigen. Lediglich 13% sind mit dem Funktionieren der aktuellen Demokratie sehr zufrieden. Man glaubt also an die Demokratie, aber nicht an die Art und Weise, wie sie ausgeübt wird.

IDEOLOGIE, URSACHEN UND MOBILISIERUNG

Die Mehrheit der Jugendlichen identifiziert sich mit der politischen Mitte (56,5%). Dabei sind jedoch Unterschiede zwischen den Generationen und Geschlechtern zu beobachten. So tendieren die 15- bis 17-Jährigen eher zur Rechten (30,3%), während die Gruppe der 18- bis 26-Jährigen eine größere Affinität zur Linken zeigt (20,4%). Unter den

Frauen überwiegt die Linke mit 21,5% und unter den Männern die Rechte mit 32,3%.

In Bezug auf Werte stehen progressive Positionen im Vordergrund: Umweltschutz (81,1%), kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung (81%), Regulierung der Technologie (74,9%) und umfassende Sexuaufklärung (70,9%). Allerdings bestehen auch weiterhin konservative Positionen: 50,5% lehnen die gleichgeschlechtliche Ehe ab und 53,4% die Legalisierung der Abtreibung. Was geschlechtsspezifische Gewalt angeht, lehnen 77,5% diese ab, aber 15,4% rechtfertigen sie in bestimmten Fällen noch immer, was das Anhalten von Stereotypen und die Notwendigkeit einer auf Grundrechte ausgerichteten Bildung unterstreicht.

Die Beteiligung folgt keinen traditionellen Mustern, aber sie existiert und erfindet sich neu. Obwohl sich 50,2% im letzten Jahr in keiner Organisation engagiert haben, sind viele in religiösen Gruppen (18,3%), Sportvereinen (14%) oder *Hobby-Gruppen* (9,2%) aktiv. Zu den Hauptmotiven für dieses Engagement gehören das Sammeln von Erfahrungen (47,7%) und der Wunsch, anderen zu helfen (30,6%). Nur 5% der Befragten waren in Parteien aktiv, doch das Interesse wächst.

Auch der Aktivismus nimmt neue Formen an: 32,6% haben im letzten Jahr protestiert, 23,8% haben sich in sozialen Netzwerken geäußert und 23,4% haben ihren Konsum aus ethischen oder politischen Gründen geändert. Nur 1,8% sind Gewerkschaftsmitglieder, obwohl 34,4% mehr Aufklärung über Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte fordern. Der Mangel an zugänglichen Möglichkeiten (25%) und die Unkenntnis darüber, wie man sich engagieren kann (19%), sind nach wie vor die größten Hindernisse.

28% der Jugendlichen sind derzeit nicht in Organisationen, Initiativen oder anderen Räumen des Engagements aktiv, bekunden jedoch Interesse daran. Dies stärkt die Annahme, dass die zentrale Herausforderung nicht Apathie ist, sondern das Fortbestehen von Zugangsbarrieren und der Mangel an offenen Beteiligungsräumen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die panamaische Jugend nicht apathisch, sondern kritisch und anspruchsvoll ist. Ihr Misstrauen gegenüber Institutionen bedeutet keine Ablehnung der Demokratie, sondern eine Forderung nach Erneuerung. Sie streben eine partizipativere, transparentere und bürgernahe Politik an.

Es entsteht eine Generation, die sich informiert, sich ausdrückt und sich mit neuen Ausdruckformen organisiert. Eine Generation mit einer starken digitalen Präsenz und dem Willen zur Veränderung. Um die Demokratie in Panama zu stärken, müssen die Kanäle für die Beteiligung junger Menschen überdacht, die Vertretungsräume aktualisiert und das Vertrauen in die Institutionen durch Dialog, Zuhören und gemeinsame Verantwortung wiederaufgebaut werden.

Laden Sie den
**VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch**
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/07/22233.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/07/22233.pdf)

PERU



JUGENDLICHE IN PERU: FERNAB VON DER TRADITIONELLEN POLITIK, ABER MIT DEM BEDÜRFNIS NACH VERÄNDERUNG

**Alejandra Sabina,
Yolanda Dinegro Martinez**

Die peruanische Jugend ist alles andere als apathisch. Sie steht dem aktuellen politischen System äußerst kritisch gegenüber und sucht nach neuen Wegen für ihr kollektives Handeln. Die Studie „Jugend in Peru: Krise, Erwartungen und Realitäten“ gibt einen Überblick über die Wahrnehmungen, Forderungen und Formen der Beteiligung junger Peruanerinnen und Peruaner. Sie zeigt, wie eine von den Institutionen enttäuschte Generation weiterhin auf Wandel setzt.

IN PERU NAHMEN 2 001 JUNGE MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.

POLITISCHE KRISE UND BRUCH ZWISCHEN JUGEND UND INSTITUTIONEN

Peru durchlebt eine der instabilsten Phasen seiner jüngeren Geschichte: Sechs Präsidenten in sieben Jahren, Korruptionsskandale, eine wirtschaftliche Rezession und gewaltsam unterdrückte Massenproteste. In diesem Kontext fühlen sich junge Menschen von den Institutionen entfremdet, obwohl sie sich für öffentliche Angelegenheiten interessieren.



73% der Befragten halten die Demokratie für das beste Regierungssystem, doch nur 11% sind mit ihrer Funktionsweise zufrieden. Darüber hinaus unterstützen 47% die Schaffung einer neuen Verfassung, was den Wunsch nach strukturellen Veränderungen widerspiegelt, für deren Ausdruck es keine klaren institutionellen Kanäle gibt.

ABLEHNUNG VON PARTEIPOLITIK, SUCHE NACH NEUEN RÄUMEN

Die Enttäuschung über die Politik führt zu einer Ablehnung traditioneller Beteiligungskanäle. 91% der Befragten geben an, nur mittleres, geringes oder sehr geringes Vertrauen in politische Parteien zu haben. 50% engagieren sich in keiner Organisation. Die andere Hälfte engagiert sich jedoch, vor allem in Umweltinitiativen (24%), Initiativen für Jugendrechte (16%) und Bewegungen für Leben und Familie (14%).

Obwohl das Vertrauen in die Institutionen minimal ist, hat die Stimmabgabe weiterhin einen symbolischen Wert. 53% sind der Meinung, dass Wahlen noch immer Veränderungen bewirken können, was ein Zeichen dafür ist, dass die Jugend trotz ihrer Enttäuschung die Hoffnung nicht aufgegeben hat, Einfluss auf den politischen Kurs des Landes zu nehmen.

DEMOKRATIE WIRD GESCHÄTZT, ABER DIE ZUFRIEDENHEIT IST GERING

Die Unterstützung des demokratischen Ideals bedeutet nicht, dass man sich damit abfindet. Obwohl 73% der peruanischen Jugendlichen die Demokratie jedem anderen Regime vorziehen, sind nur 11% mit ihrer derzeitigen Funktionsweise sehr zufrieden.

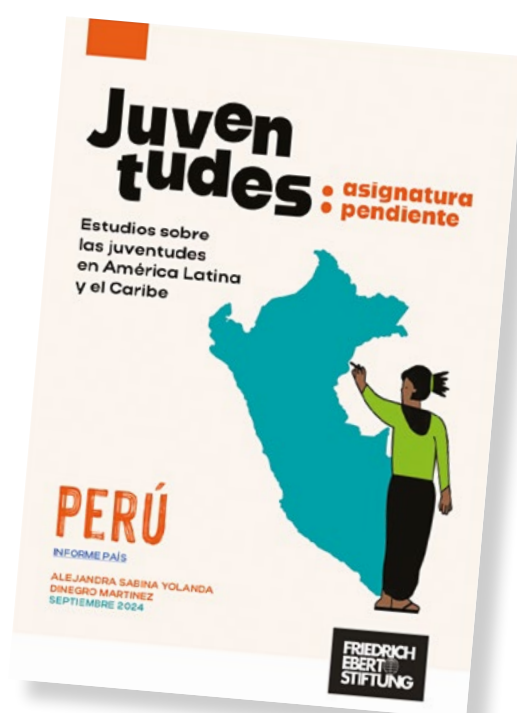
Auch das Interesse an Politik ist begrenzt: Nur 26% geben an, Interesse zu haben, und weitere 36% „ein gewisses Interesse“. Politische Gespräche finden nur sporadisch statt, hauptsächlich im fa-

miliären Umfeld (57%) oder mit Freunden (46%). Diese Daten spiegeln eine Jugend wider, die sich zwar nicht von der Politik fernhält, sich aber nur sporadisch und misstrauisch engagiert. So schätzen junge Menschen das demokratische System, kritisieren jedoch gleichzeitig dessen Ineffizienz, Intransparenz und den Mangel an Repräsentativität. Sie glauben an die Demokratie, fühlen sich ihr jedoch nicht zugehörig.

UNGLEICHHEIT, BESCHÄFTIGUNG UND RECHTE: DRINGENDE ANLIEGEN DER JUGENDLICHEN

Die Hauptsorgen der peruanischen Jugendlichen drehen sich um Armut, Arbeitslosigkeit und den mangelnden Zugang zu Grundrechten (61%). Es folgen Unsicherheit (46%) und Korruption (46%). Diese Prioritäten spiegeln sich in den öffentlichen Politiken wider, die sie für prioritär halten: 48% der Befragten fordern eine Politik mit Schwerpunkt auf Jugendbeschäftigung, Produktion und Wirtschaft. 43% nennen Gesundheit, Bildung und Sozialschutz und 37% die Sicherheit der Bürger als Priorität.

Lediglich 12% der Befragten sind der Meinung, dass die Probleme der Jugend in der öffentlichen



Agenda vollständig vertreten sind, und 28% glauben, dass sie fast gar nicht oder überhaupt nicht vertreten sind. Die Kluft zwischen den Forderungen und ihrer institutionellen Anerkennung verstärkt das Gefühl der politischen Ausgrenzung.

HOHE KONNEKTIVITÄT, GERINGER DIGITALER AKTIVISMUS

Die peruanische Jugend ist zwar stark vernetzt, ihre digitale politische Beteiligung ist jedoch nach wie vor begrenzt. Soziale Netzwerke sind ihre wichtigste Quelle für politische Informationen (63%), gefolgt vom Fernsehen (45%) und *WhatsApp* (26%).

Die Vernetzung führt jedoch nicht zu Aktivismus. Nur 25% haben soziale Netzwerke genutzt, um sich zu Umweltthemen zu äußern, und lediglich 21% verwenden sie, um sich zu einem gesellschaftlichen Problem zu positionieren. Die Mehrheit nimmt eine eher passive Haltung ein, die sich vor allem in *Likes* oder anderen Reaktionen ausdrückt.

Trotzdem stimmen 87% der Befragten einer Regulierung der Technologie zu und erkennen das Potenzial digitaler Plattformen für die Entwicklung an, auch wenn es ihnen noch nicht gelingt, ihre Vernetzung in bürgerschaftliches Engagement umzusetzen. Die Herausforderung besteht darin, die digitale Energie in eine kritischere, kreativere und transformativere Beteiligung zu lenken.

Die Herausforderung besteht darin, diese Generation wieder für die Demokratie zu begeistern, ihre Rechte zu garantieren und echte Kanäle für Beteiligung und Zuhören zu schaffen. Wenn diese Türen nicht geöffnet werden, besteht die Gefahr, dass die Enttäuschung zu Resignation oder einer größeren Offenheit für autoritäre Führungen führt. Die Studie zeigt letztlich eine Generation mit kritischem Bewusstsein, die verlangt, als grundlegende Akteurin des demokratischen Wandels in Peru anerkannt zu werden – und nicht nur als Beobachterin der Gegenwart.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/04/21916.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/04/21916.pdf)

DOMINIKANISCHE REPUBLIK



WEDER GLEICHGÜLTIG NOCH NAIV: DIE DOMINIKANISCHE JUGEND VOR DER HERAUSFORDERUNG DER DEMOKRATIE

Aris Marcenellys Balbuena García

In einem Land, in dem der politische Diskurs oft weit vom Alltag der Jugendlichen entfernt ist, zeigt der Bericht eine Generation, die Demokratie schätzt, aber denen misstraut, die sie vertreten. Angesichts der Prekarität, Korruption und von Hindernissen beim Zugang zu Grundrechten geben junge Menschen trotzdem nicht auf, sondern suchen nach anderen Formen der Teilhabe.

IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK
NAHMEN 1 132 JUNGE MENSCHEN
AN DER STUDIE TEIL.

TIEF VERWURZELTE ENTFREMUNG - ZWISCHEN WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND UNGLEICHHEIT

Die Entfremdung der Jugend von der Demokratie lässt sich durch gebrochene Versprechen, Klientelismus und die Wahrnehmung, dass das Öffentliche nur Wenigen zugutekommt, erklären. In diesem Vakuum gewinnen antirechtliche und

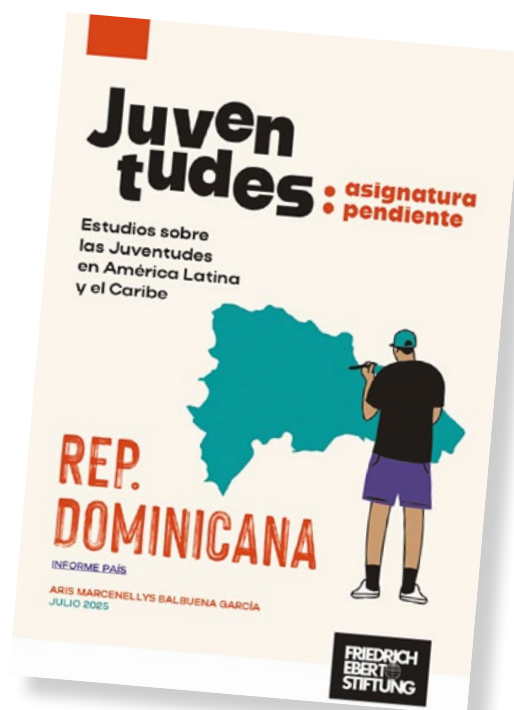


autoritäre Diskurse an Boden, die „Ordnung“ im Austausch gegen Freiheiten versprechen, während die traditionellen Parteien an ideologischer Kraft und Mobilisierungsfähigkeit verlieren.

Die Jugend war Protagonist wichtiger Kämpfe, beispielsweise bei der Förderung des 4%-Modells für Bildung und Umweltschutz in den Jahren 2011 bis 2012, doch das Misstrauen gegenüber der institutionellen Politik hält an. Das Paradox: Eine dynamische Wirtschaft koexistiert mit niedrigen Löhnen, Informalität, Teenagerschwangerschaften und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten. Laut CEPAL (2023) haben 26,9% der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren kein eigenes Einkommen und 17,6% weder eine Ausbildung noch einen Arbeitsplatz. Auch die zunehmende Wahlenthaltung (45,6% im Jahr 2024) und der Rückgang der Unterstützung für die Demokratie (von 64,7% im Jahr 2004 auf 48,1% im Jahr 2023, laut *Latinobarómetro* [2023]) geben Anlass zur Sorge. Das kürzliche Urteil des Verfassungsgerichts, das unabhängige Kandidaturen bei Wahlen ermöglicht, bietet eine Chance für Erneuerung und mehr Beteiligung.

LEBENSWICHTIGER OPTIMISMUS MIT WARNUNGEN ZUR WIRTSCHAFT UND ZU DEN RECHTEN

Weit entfernt von Hoffnungslosigkeit gibt sich die Mehrheit zufrieden mit ihrer Gesundheit, Bildung und ihren Beziehungen. Jugendliche blicken in der Dominikanischen Republik optimistisch in die Zukunft. Allerdings nennen 65,7% der Befragten die wirtschaftliche Lage, die Arbeitslosigkeit und den eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung als Hauptprobleme. Das Bild wird vervollständigt durch Korruption (40,3%), Drogenkonsum (38,4%) und Unsicherheit (33,8%) in einem Kontext, in dem Informalität und niedrige Löhne Frauen und benachteiligte Bevölkerungsschichten am stärksten treffen. Dennoch glauben 90,3% der Befragten, dass es ihnen in 5 Jahren besser gehen wird.



Dieser Optimismus geht dennoch einher mit dem Wunsch auszuwandern: 62% möchten aufgrund der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der Suche nach neuen Möglichkeiten das Land verlassen. Ihre Prioritäten in der Politik sind klar: Beschäftigung, Produktion und soziales Wohlergehen. Frauen legen den Schwerpunkt auf Einkommensschaffung und Zugang zu Dienstleistungen, Männer fügen Technologie, Sport und Freizeit hinzu. Die Armen und die untere Mittelschicht fordern Wohnraum, Ernährung und Gleichstellung der Geschlechter. Sie wollen nicht nur „ihr Leben verbessern“, sondern wissen genau, welche strukturellen Veränderungen notwendig sind, um in Würde leben zu können.

DEMOKRATISCHE PRÄFERENZ MIT BESORGNISERREGENDEN ANSPIELUNGEN AUF AUTORITARISMUS

Obwohl sich 66% für die Demokratie aussprechen, sind nur 22,6% mit ihrer Leistung sehr zufrieden. Die Vorstellung, dass ein „starker Führer“ (68,6%) Probleme besser lösen könnte als Parteien

und Institutionen, gewinnt an Boden. 44% der Befragten würden eine autoritäre Regierung „unter bestimmten Umständen“ begrüßen. Die Spannung ist deutlich: Das demokratische Ideal ja, aber die institutionelle Realität, die weder Schutz noch Antworten bietet, nein.

Das Misstrauen gegenüber Institutionen ist weit verbreitet. Zu den am schlechtesten bewerteten Institutionen gehören Polizei (49% Misstrauen), Parteien (43%) und Influencer (42,1%). Mehr Vertrauen – wenn auch nur mäßiges – genießen Universitäten (47,6%) und Kirchen (43,7%), gefolgt von den Medien und den Streitkräften. Die Exekutive, der Kongress und die Justiz wecken bei mehr als einem Drittel Misstrauen, ebenso wie Gewerkschaften und Kommunalverwaltungen. Dennoch erkennen 73,7% die Rolle der Gewerkschaften bei der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte an. Das Vertrauen in soziale Organisationen und Bewegungen übertrifft das in andere politische Instanzen. Dies deutet darauf hin, dass die Bevölkerung noch Hoffnung auf eine andere Art der Politik hat.

MODERATER AKTIVISMUS UND SUCHE NACH SICHEREN RÄUMEN

Die Zugehörigkeit zu Organisationen ist begrenzt: 41,3% haben sich im letzten Jahr keiner Organisation angeschlossen. Von denjenigen, die sich einer Organisation angeschlossen haben, bevorzugen die meisten religiöse oder sportliche Gruppen. Nur 3,5% der Befragten haben sich sozialen Bewegungen oder Bürgerrechtsgruppen angeschlossen. Häufige Hindernisse sind mangelnde Zeit, das Gefühl, dass „man nichts gewinnt“ und dass „niemand die eigenen Interessen vertritt“. Dennoch überrascht die Parteinähe: 31,3% der Befragten waren bereits Parteimitglied und 28% zeigen Bereitschaft, sich politisch zu engagieren; es besteht also Interesse, aber es fehlen inklusive Räume.

Die häufigsten Formen der Beteiligung sind auch die am wenigsten disruptiven: Dazu zählen Freiwilligenarbeit, Unterschriftensammlung und das Teilen von Inhalten. Protestmärsche oder Besetzungen werden nicht mehrheitlich vertreten, obwohl 14,8% aus dem Wunsch heraus, das Land zu verändern, schon einmal auf der Straße bei Protestmärschen mitmarschierten. Wahlen werden von 59,7% als Mechanismus für Veränderungen geschätzt, allerdings ist die Wahlenthaltung hoch: 2020 haben nur 56,6% der wahlberechtigten Befragten gewählt und 2024 gaben zwar 69,6% ihre Absicht zu wählen an, aber drei von zehn hatten nicht vor, dies zu tun.

Die politische Nutzung sozialer Netzwerke ist begrenzt und eher passiv: Zwar nutzen 66% diese, um sich zu informieren, doch nur wenige gaben an, kritische Positionen zu äußern. Die Themen, die im digitalen Raum am meisten bewegen, sind Umwelt, Jugendrechte und Familie. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Jugendlichen sind präsent, verlangen aber nach Beteiligungsformen, die ihren Werten, ihrer Zeit und ihrem Bedürfnis nach Gehör entsprechen.

DOMINANTE MITTE MIT NUANCEN: STARKER SOZIALSTAAT, MARKT ALS SPANNUNGSFELD

Die Mitte dominiert mit 51,8%, wobei eine leichte Tendenz nach rechts bei Männern und den oberen Schichten zu verzeichnen ist. Dennoch gibt es eine breite Unterstützung für die Rolle des Staates bei der Gewährleistung von Gesundheit, Bildung und Umweltschutz (86,8%), für kostenlose öffentliche Dienstleistungen (88,2%) sowie für die Regulierung der Technologie (81,2%) sowie für eine umverteilende Fiskalpolitik. Dieses Vertrauen in den öffentlichen Sektor koexistiert mit der Vorstellung, dass der Privatsektor bestimmte Dienstleistungen besser verwalten könnte, was die Spannung zwischen Grundrechten und Markt verdeutlicht. In Bezug auf Grundrechte sind Fortschritte und Grauzonen

zu beobachten. Beispielsweise hat sich die politische Kultur hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter und der Rechtsansätze noch nicht vollständig gewandelt.

Die dominikanische Jugend ist alles andere als apathisch: Sie ist kritisch, anspruchsvoll und bewusst. Zwischen demokratischen Werten und ausgrenzenden Praktiken bestehen reale Spannungen, die jedoch auch Chancen bieten. Diese Gruppe weiß, was ihr schadet, was sie verändern muss und wofür sie bereit ist, sich einzusetzen. Es ist Aufgabe der Politik, ihnen den Weg zu ebnen, mit sicheren, horizontalen und inklusiven Beteiligungsräumen und mit Institutionen, die zuhören und Rechenschaft ablegen. Nur so wird das demokratische Ideal für die neuen Generationen wieder Sinn und Zugehörigkeit gewinnen.

Laden Sie den
**VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch**
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/09/22282.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/09/22282.pdf)

URUGUAY



ZWISCHEN DEMOKRATISCHEM IDEAL UND POLITISCHER AUSGRENZUNG: WAS JUNGE MENSCHEN IN URUGUAY DENKEN

Ana Paula García Erramuspe

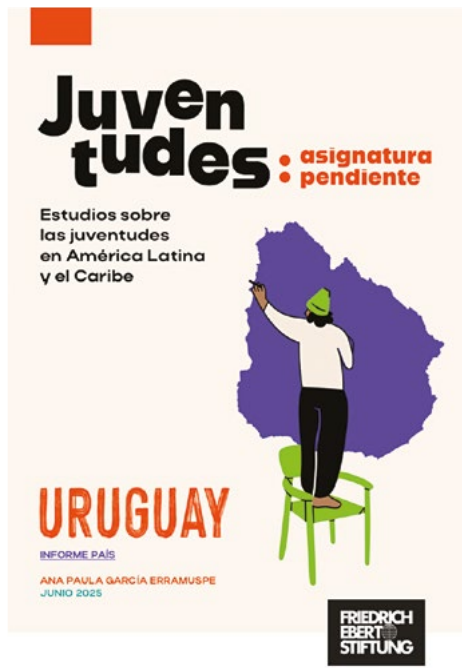
Die Studie „Sie sollen merken, dass wir da sind“ analysiert die Beziehung der uruguayischen Jugend zu Politik, Staat und demokratischem Leben. Der Bericht hat dabei besonders die Wahrnehmungen, Sorgen und Positionen von Jugendlichen in Bezug auf Beschäftigung, Rechte, Partizipation, Sicherheit und die Rolle der Institutionen im Blick. Das Bild, das dabei entsteht, ist geprägt von subjektivem Wohlbefinden bei gleichzeitiger wirtschaftlicher und beruflicher Enttäuschung, von Verbundenheit mit der Demokratie bei geringer politischer Partizipation sowie von einer überwiegend progressiven Haltung mit konservativen Nuancen in bestimmten Themenbereichen.

IN URUGUAY NAHMEN 1 108 JUNGE
MENSCHEN AN DER STUDIE TEIL.

**ZWISCHEN PERSÖNLICHER
ZUFRIEDENHEIT UND
STRUKTURELLEN
UNGLEICHHEITEN**

Junge Menschen in Uruguay sind im Allgemeinen mit ihrem Leben zufrieden





und optimistisch in Bezug auf die Zukunft. Ihre größten Sorgen sind Wirtschaft und Arbeit. Auf regionaler Ebene liegt Uruguay mit einem Anteil von 58% mit Zugang zu Beschäftigung an der Spitze. 59% der Beschäftigten verfügen über eine Vollzeitbeschäftigung mit allen gesetzlichen Sozialleistungen. Dennoch ist die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor beträchtlich hoch (ILO, 2023; INE, 2024), und der Arbeitsmarkt weist Hindernisse auf – insbesondere für diejenigen, die nicht aus der Oberschicht stammen.

Im Gesundheitswesen verfügen 80% der Menschen über irgendeine Krankenversicherung, womit das Land zu den Ländern mit dem besten Zugang in der Region gehört. Dennoch erwägen 35% der Jugendlichen auszuwandern: 68%, weil sie neue Erfahrungen sammeln möchten, 38% weil sie sich mit Arbeitslosigkeit konfrontiert sehen und 27%, weil sie von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

Zu den am häufigsten von den Befragten genannten Herausforderungen zählen Drogenkonsum (62%), Unsicherheit (43%) und organisierte Kriminalität (23%) sowie Arbeitslosigkeit, Armut und mangelnder Zugang zu Rechten (46%). Daher sind die aus Jugendsicht dringendsten politischen

Themen: Beschäftigung (53%), soziale Sicherheit (36%), Wohnen (30%) und öffentliche Sicherheit (32%). Geschlechtergleichstellung, Klimawandel oder Jugendbeteiligung werden weniger priorisiert, was den unmittelbaren Fokus auf Wirtschaft und Sicherheit widerspiegelt.

GERINGES POLITISCHES INTERESSE UND AUF DEN PRIVATEN BEREICH BESCHRÄNKTE DEBATTEN

Uruguay ist das fünfte Land in der Region, mit dem geringsten politischen Interesse. Fast die Hälfte der Befragten gibt an, kein oder nur geringes Interesse an Politik zu haben. Die Gründe für das Desinteresse sind vielfältig. Festsustellen ist jedoch, dass die befragten Frauen weniger Interesse zeigen als die befragten Männer und die Befragten aus den unteren sozialen Schichten weniger Interesse als Befragte aus anderen sozialen Schichten.

Fast die Hälfte der Jugendlichen gibt an, wenig (25%) oder gar kein (24%) Interesse an diesem Thema zu haben. Nur ein Fünftel bekundet ziemlich großes (12%) oder großes (8%) Interesse. Dieses Desinteresse spiegelt sich auch in der Häufigkeit politischer Gespräche wider, die sich meist auf den Familien- oder Freundeskreis beschränken. Nur 13% diskutieren häufig oder sehr häufig über Politik, und nur eine Minderheit tut dies in öffentlichen oder kollektiven Räumen. Die Gründe für diese Distanziertheit sind bei denjenigen, die kein Interesse haben, vielfältig: Sie reichen von Langeweile oder mangelnder Information bis hin zur Ablehnung der Konflikte, die dieses Thema oft hervorruft.

GESPALTENES VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN UND GERINGE VERTRETUNG JUNGER MENSCHEN

Universitäten genießen das größte Vertrauen, während Kirchen und Influencer das größte Misstrauen auf sich ziehen. Obwohl die Rolle der

Gewerkschaften von einer Mehrheit geschätzt wird, herrscht auch ein hohes Maß an Unkenntnis über ihre Funktion. Das spiegelt sich darin wider, dass 30% nichts über ihre Bedeutung wissen oder keine Antwort darauf geben können. Was die politische Debatte betrifft, so bewerten 36% der Befragten die Arbeit des Parlaments positiv, während 35% keine Meinung dazu haben.

Obwohl mehr als die Hälfte der Befragten die Beteiligung junger Menschen an der politischen Agenda für wichtig hält, gibt es keine Organisationen, die sie vertreten oder ihre Interessen verteidigen. Dies könnte mit einem Dilemma zusammenhängen: Die bestehenden Räume schaffen es nicht, die Forderungen und Anliegen junger Menschen angemessen zu kanalisieren.

IDEOLOGISCH DOMINANTE MITTE, ABER MIT AUSGEPRÄGTEN PROGRESSIVEN TENDENZEN

Die Mehrheit der jungen Uruguayerinnen und Uruguayer identifiziert sich mit der politischen Mitte (51%), obwohl das Land in der Region bei der Zustimmung zur Linken oder extremen Linken führend ist (25%). Frauen (29%) und die Mittelschicht (26%) sowie die Arbeiterklasse (25%) neigen eher nach links, während Männer und junge Menschen aus der Oberschicht eher nach rechts tendieren (29% bzw. 38%).

Über die ideologische Achse hinaus gibt es eine klare Unterstützung für Grundrechte: 86% befürworten den kostenlosen Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung und 81% unterstützen die gleichgeschlechtliche Ehe sowie die Freiheit der sexuellen Identität und Orientierung. Die uruguayische Jugend hat somit eine überwiegend progressive Sichtweise und unterstützt die Rolle des Staates in den Bereichen soziale Wohlfahrt, Gleichstellung der Geschlechter und Umweltschutz. Bei Themen wie Einkommensumverteilung, Migrationspolitik und Legalisierung der Abtreibung sind die Positionen jedoch eher geteilt. Den Daten zufolge befürworten

64% Gleichstellungsgesetze und 72% eine umfassende Sexualerziehung, während ein Drittel gegen die Legalisierung der Abtreibung ist.

GERINGE ORGANISATORISCHE BETEILIGUNG UND VORHERRSCHENDES DESINTERESSE

Die Mehrheit hat sich im letzten Jahr in keiner politischen oder sozialen Organisation engagiert. Von denjenigen, die sich in einer Organisation engagiert haben, gibt nur jeder Fünfte an, dass dies aus politischen, ethischen, sozialen oder religiösen Überzeugungen geschah. Weniger als 10% der Befragten sind Mitglied in Studenten-, Nachbarschafts-, Genossenschafts-, Sozialbewegungs-, Gewerkschafts- oder politischen Parteienorganisationen.

Die Gründe derjenigen, die sich nicht beteiligen, hängen mit zwei Aspekten zusammen. Einerseits mit individuellen Interessen: Sie hätten keine Zeit, sie zögen es vor, die Zeit „für sich selbst“ zu nutzen oder sie sähen keinen Eigennutzen in einer Beteiligung. Andererseits geben sie auch an, dass sie keine Organisationen finden, die ihre Interessen angemessen vertreten.

Auch in der Parteipolitik ist die Beteiligung gering: Nur 9% der Befragten sind Mitglied einer Partei und 6% haben sich schon einmal als Kandidat aufstellen lassen, während sich fast die Hälfte mit keiner Partei identifiziert. Die Unterstützung eines Kandidaten oder einer Kandidatin –persönlich oder digital– ist die häufigste Form der Beteiligung. Dennoch geben 60% an, dass sie dies bis jetzt noch nicht getan zu haben und auch nicht tun zu wollen.

Auch weniger formelle Aktionen –wie das Unterzeichnen von Petitionen, die Nutzung sozialer Netzwerke oder die Teilnahme an Demonstrationen– finden keinen großen Anklang: Keine dieser Optionen erreicht einen Zuspruch von über 25%, und etwa 40% engagieren sich nicht in dieser Form

und würden dies auch nicht tun. Die Befragten, die sich engagieren tun dies in der Regel aus Empörung oder dem Wunsch nach Veränderung. Diejenigen, die sich nicht engagieren, geben Desinteresse, Zeitmangel und Skepsis als Gründe an. Dies zeigt

eine eher kritische als apathische Jugendkultur, die von Enttäuschung und Distanz zu den traditionellen Kanälen geprägt ist.

Die uruguayische Jugend ist keineswegs entpolitisiert. Vielmehr sieht sie sich strukturellen Hindernissen gegenüber, die ihre Beteiligung einschränken: Arbeitslosigkeit, mangelnde Repräsentation, Misstrauen gegenüber Institutionen sowie generationelle Ausgrenzung.

Ihre Prioritäten sind klar: Beschäftigung, Wohlstand, Wohnen und Sicherheit. Ihre Werte zeigen einen gesellschaftlichen Konsens in Bezug auf Rechte und den Sozialstaat. Die Herausforderung besteht darin, echte und sichere Kanäle für die Beteiligung zu öffnen, die politische Vermittlung mit einem generationsübergreifenden und paritätischen Ansatz zu erneuern sowie die demokratischen Überzeugungen vor der Versuchung autoritärer Abkürzungen zu schützen. Nur so wird das demokratische Ideal nicht als fern empfunden und die Jugend kann eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Zukunft des Landes übernehmen.

Laden Sie den
**VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT** auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/09/22307.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/09/22307.pdf)

VENEZUELA



VENEZOLANISCHE JUGEND: ZWISCHEN PREKARITÄT UND DEMOKRATISCHER HOFFNUNG

**Lisette González,
Anaís López**

Der Bericht „Was denken junge Menschen in Venezuela und wie beteiligen sie sich? Einstellungen zu Politik und kollektivem Handeln“ fasst die Erwartungen, Motivationen und Sorgen der Jugend in Bezug auf Politik, Demokratie und kollektives Handeln in einem von den Präsidentschaftswahlen am 28. Juli 2024 geprägten Kontext zusammen

Die Daten zeichnen das Bild einer Generation, die einen demokratischen Wandel erwartet, autoritäre Lösungen ablehnt und einen starken Bedarf an Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten hat. Gleichzeitig ist eine Entfremdung von Parteien und Gewerkschaften sowie eine geringe Neigung zu kollektivem Handeln zu beobachten – außer in sportlichen und religiösen Bereichen. Ziel des Berichts ist es, aus progressiver, demokratischer und sozial gerechter Perspektive einen Beitrag zur öffentlichen Debatte um Wandel zu leisten und die Forderungen und Zukunftsperspektiven einer Generation sichtbar zu machen, die mit großen Herausforderungen erwachsen geworden ist.

**IN VENEZUELA NAHMEN 1 103
JUNGE MENSCHEN AN DER
STUDIE TEIL.**

LEBENSBEDINGUNGEN: BILDUNGSSTAND, PREKÄRE ARBEITSVERHÄLTNISSE UND ERWARTUNGEN

Die Mehrheit der 18- bis 35-Jährigen hat die Sekundarstufe abgeschlossen (56% der Männer und 47% der Frauen). Ein erheblicher Anteil der Jugendlichen hat zudem Zugang zu höherer Bildung (33% der Männer und 41% der Frauen). Die Arbeitsmarktsituation ist kritisch: am häufigsten sind die Befragten arbeitssuchend (55% der Frauen und 40% der Männer). Nur 27% der Männer und 16% der Frauen geben an, einen festen Arbeitsplatz zu haben. Der Rest ist auf Zeitarbeitsstellen oder Jobs ohne Arbeitnehmerrechte angewiesen.

Damit einher geht eine ambivalente Einschätzung: 66% der Jugendlichen sind wenig oder gar nicht zufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Situation und 77% mit der Lage des Landes. Gleichzeitig geben jedoch 50% an, mit ihrem persönlichen Leben zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. Und 89% der Befragten glauben, dass ihre Zukunft in fünf Jahren besser oder viel besser sein wird. Dieser Optimismus hängt mit der Absicht zusammen, auszuwandern (45%), da dies angesichts der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Krise als Ausweg angesehen wird.

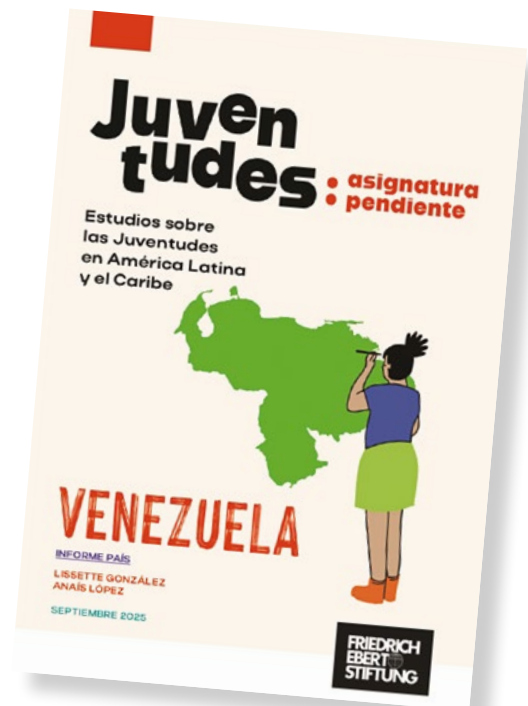
JUGENDLICHE ZWISCHEN POLITISCHER ENTtäUSCHUNG UND VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE

Weit entfernt vom Bild der studentischen Protestbewegung von einst herrscht heute wenig bis gar kein Interesse an Politik. Fünf von zehn Jugendlichen geben dies zu. Das ist eine höhere Zahl als bei der Umfrage „Juventudes UCAB“ (2021). Es gibt eine geschlechtsspezifische Kluft: 22% der Männer geben an, ziemlich oder sehr interessiert zu sein, gegenüber 11% der Frauen.

Trotz dieser Enttäuschung wird die Demokratie mehrheitlich unterstützt: 62% halten sie für die

beste Regierungsform. 51% lehnen die Aussage ab, dass es „egal“ sei, ob man in einer Demokratie lebt oder nicht. Ebenso lehnen 62% Militärregierungen in Krisenzeiten ab. Es besteht jedoch weiterhin eine Spannung: 65% stimmen zu, dass ein starker Führer besser in der Lage ist, die Probleme des Landes zu lösen. Dies deutet auf einen Wunsch nach Effizienz hin, der an Personenkult grenzt. Die Unterstützung für die Demokratie variiert je nach Ideologie: 79% unter denjenigen, die sich rechts positionieren, und 47% unter denjenigen, die sich links positionieren, unterstützen die Demokratie.

Im Rahmen der Staatspolitik überwiegen progressive Positionen: 82% der Befragten befürworten kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung, eine große Mehrheit unterstützt Umweltmaßnahmen, den Schutz der Autonomie indigener Völker und die Rechte von Migranten. 63% der Jugendlichen befürworten Gleichstellungsgesetze, 74% eine umfassende Sexualerziehung und 44% die gleichgeschlechtliche Ehe. Konservative Vorbehalte bestehen weiterhin: 59% lehnen die Legalisierung der Abtreibung ab und 54% sind der Meinung, dass



Frauen besser für Sorgearbeit geeignet sind. Das Vertrauen in die Institutionen ist gering: 64% äußern sehr großes Misstrauen gegenüber der Exekutive, 61% gegenüber der Polizei 60% gegenüber lokalen Regierungen und politischen Parteien. Venezuela ist das Land in Lateinamerika, in dem junge Menschen dem Staat und seinen Institutionen am meisten misstrauen.

JUGENDBETEILIGUNG ZWISCHEN WAHLEN, DIGITALEM AKTIVISMUS UND ORGANISATORISCHER APATHIE

Die am weitesten verbreitete Form der Beteiligung ist das Wählen. Obwohl nur 46% der über 18-Jährigen bei den Regionalwahlen 2021 gewählt haben, geben 63% an, im Wählerverzeichnis eingetragen zu sein. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen am 28. Juli 2024 ist die Bereitschaft höher: 68% gaben an, teilnehmen zu wollen. (die höchste Bereitschaft wurde unter denjenigen bekundet, die sich rechts positionieren und die niedrigste in der politischen Mitte). Die Parteimitgliedschaft ist eher eine Ausnahme: Nur 14% sind Mitglied einer Partei und 15% haben versucht, andere zum Wählen zu bewegen.

Bei den alternativen Formen der Beteiligung überwiegen Aktionen mit geringem Engagement und Risiko: 20% nutzen soziale Netzwerke, um ihre Positionen zu äußern, 19% haben schon an Protestmärschen teilgenommen und 19% haben Petitionen unterzeichnet oder Unterschriften gesammelt. Aktionen mit größerer Öffentlichkeitswirkung sind eher selten (6% Hungerstreik, 5% Besetzungen). Digitaler Aktivismus spielt eine zentrale Rolle: 63% informieren sich über soziale Netzwerke und 40% über WhatsApp. Fernsehen liegt bei 38%. Die Online-Beteiligung ist überwiegend passiv: 35% teilen Memes und 38% liken Beiträge. Eigene Inhalte zu erstellen, ist eher selten.

Außerhalb der Politik ist die organisierte Beteiligung noch geringer: 55% haben sich im letzten Jahr in keiner Organisation engagiert. Von denjenigen, die sich organisiert haben, engagieren sich 18% in religiösen Gruppen und 13% in Sportvereinen, aber nur je 6% in Freiwilligenarbeit und Freizeitaktivitäten. Das Engagement in Gewerkschaften, Studentenwerken oder Nachbarschaftsvereinen ist noch geringer. Der Bericht hebt das Engagement junger Menschen für Menschenrechte, feministische und LGBTQ+-Gruppen hervor. In diesen Bereichen sind neue politische Führungskräfte herangewachsen.

Die venezolanische Jugend lebt in wirtschaftlicher Prekarität, misstraut Institutionen und plant auszuwandern. Zwar sind fast sieben von zehn Jugendlichen bereit sind zu wählen, doch ihr Engagement in Parteien, Gewerkschaften oder sozialen Organisationen ist minimal. Der digitale Aktivismus konzentriert sich auf kostengünstige Aktionen. Darüber hinaus besteht nach wie vor eine konservative Grundhaltung in Fragen der sexuellen und reproduktiven Rechte. Dies unterstreicht die Dringlichkeit einer umfassenden Sexualerziehung und der Gleichstellung der Geschlechter. Die Herausforderung besteht darin, progressive Agenden voranzutreiben, die die Demokratie stärken, die Führungsrolle junger Menschen fördern und bereits bestehende Anliegen mit sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten verbinden, um zu zeigen, dass eine andere Art der Politik in Venezuela möglich ist.

Laden Sie den
VOLLSTÄNDIGEN
BERICHT auf Spanisch
hier herunter



[HTTPS://JUVENTUDESASIGNATURAPENDIENTE.COM/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/09/22321-20250925.PDF](https://juventudesasignaturapendiente.com/wp-content/uploads/2025/09/22321-20250925.pdf)

LITERATUR

- Aguilera, A. und Álvarez, F. (2025). *Jóvenes, política y democracia en Chile: Una conversación por cambiar*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Balbuena, A. (2025). *Juventudes dominicanas y democracia. El desafío de poner en valor lo colectivo, el conflicto y el derecho al bienestar material*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Bilbao, A. G. (Koord.), Vázquez, M., Ramírez, F., Guaraná de Castro, E., Aguilera, Ó., Licea, M., und Rodríguez, C. (2025). *Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe. Regionalbericht 2024. Partizipation und Vertretung im Streitfall: Jugend und Demokratie in Lateinamerika und der Karibik*. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Guaraná de Castro, E.; Macedo, S., Perez, O. C.; Habermann, W. (2025). *Juventudes: Um Desafio Pendente – Uma análise sobre democracia, participação e posicionamento político das juventudes no Brasil*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Sao Paulo: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Cortez, J. (2024). *Explorando contrastes: La democracia en ojos de la juventud boliviana*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. La Paz: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Dinegro, A. (2024). *Juventudes en Perú: crisis, expectativas y realidades*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Lima: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- García Erramuspe, A. P. (2025). *“Que se den cuenta que estamos cerca”: jóvenes y política en Uruguay*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Montevideo: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Gonzalez, L. und López, A. (2024). *¿Qué piensan y cómo participan los jóvenes en Venezuela. Actitudes frente a la política y la acción colectiva*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Caracas: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Hernández de La Torre, J. und Cabanzo, M. (2024). *Informe País: Porque mañana será bonito. Juventud en Colombia, entre el desencanto del presente y la esperanza de un futuro mejor*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Bogotá: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Licea, M. und Sosa, L. (2024). *Reporte Nacional México*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Mexiko-Stadt: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Ramírez, F. (2025). *Participación política de las juventudes en Ecuador: entre el miedo, la precaridad y las desigualdades*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Romero, M. (2024). *Participación política de las juventudes panameñas en el contexto actual*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Panama-Stadt: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

- Sánchez, I. und García, C. (2024). *Jóvenes en Costa Rica entre la democracia y el autoritarismo*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. San José: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Vázquez, M. und Beretta, D. (2025). *Juventudes en Argentina: entre el enojo y la esperanza*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Buenos Aires: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).
- Villalta, E. (2024). *Situación de la participación y opinión política de las juventudes en Honduras*. In Bilbao, A. (Hrsg.), *Jugend: Eine noch ungelöste Aufgabe. Umfrage über die politische Beteiligung und Einstellung der Jugend in Lateinamerika und der Karibik*. Santiago de Chile: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Verantwortliche:

Regionale Koordination und Koordination in Ecuador:

Tina Hennecken Andrade

Vertreterin der FES in Ecuador (aktuell)

Constantin Groll

Vertreter der FES in Ecuador (bis Juni 2025)

Anabel Bilbao García

Projektkoordinatorin

Camila Rodríguez

Projektassistentin

Nationale Projektkoordinationen:

Sergio Balardini und Mariela Ventos (FES Argentina)

José Luis Exeni (FES Bolivia)

William Habermann (FES Brasil)

Christian Sánchez (FES Chile)

Saruy Tolosa (FES Colombia)

Argerie Sánchez (FES Costa Rica)

Anabel Bilbao G. (FES Ecuador)

Mónica Torres (FES Honduras)

Elisa Sánchez (FES México)

Argerie Sánchez (FES Panamá)

Raúl Tecco und María del Pilar Sáenz (FES Perú)

María Fernanda López (FES República Dominicana)

Aníbal Peluffo (FES Uruguay)

Anais López (FES Venezuela)

Zusammenstellung und Layout

Nataly Tufiño Villacís: Medienberaterin. Spezialistin für politische Kommunikation, Menschenrechte und Natur.

Empfohlene Zitierweise:

Friedrich-Ebert-Stiftung (2025). Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe. Zusammenfassung der regionalen und nationalen Umfrageergebnisse. Friedrich-Ebert-Stiftung: Quito

Impressum

Av. República E7-123 u. Martín Carrión

Edificio Pucará, 4. Stock

Quito, Ecuador

Bestellung von Publikationen

info.ecuador@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) e.V. Die gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung der FES nicht gestattet.

ISBN: 978-9978-94-284-0

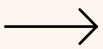




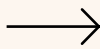
Jugend:

eine noch ungelöste Aufgabe

ZUSAMMENFASSUNG DER UMFRAGEERGEBNISSE

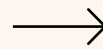


Ein wichtiger Schwerpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die Arbeit mit politisch engagierten Jugendlichen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene. Die Studie **Jugend: eine noch ungelöste Aufgabe** ist eine regionale Initiative der FES in Lateinamerika und der Karibik. Ziel des Projekts ist es, fundierte Informationen und Daten über die politische Beteiligung und die Einstellungen von Jugendlichen in der Region zu erheben, zu analysieren und zur Diskussion zu stellen.



Zwischen Januar und Februar 2024 wurde mittels der Webpanel-Methodik eine Umfrage unter rund 22.000 Jugendlichen in 14 Ländern der Region durchgeführt. Die teilnehmenden Länder waren: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, Honduras, Mexiko, Panama, Peru, die Dominikanische Republik, Uruguay und Venezuela.

Die Studie untersucht Formen, Arten und Motivationen der politischen Beteiligung junger Menschen, ihre



Positionierung zu aktuellen Themen sowie ihre Wahrnehmung von Staat und Demokratie, ihre politischen Ausdrucksformen und ihren Umgang mit sozialen Medien.

Das vorliegende Dokument fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und zeigt Ansatzpunkte für die Stärkung der politischen Teilhabe von Jugendlichen und die Erneuerung demokratischer Institutionen auf.

ALLE NATIONALEN BERICHTE, DER REGIONALE BERICHT SOWIE DATENVISUALISIERUNGEN UND WEITERE INFORMATIONEN ZUM PROJEKT SIND VERFÜGBAR UNTER:

WWW.JUVENTUDESFES.ORG



Laden Sie den VOLLSTÄNDIGEN BERICHT auf Spanisch hier herunter



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG